



BUNDESKONGRESS 2017

ENTSCHIEDEN LINKS

21. bis 23. April in Leipzig

Beschlussheft

linksjugend
['solid] 

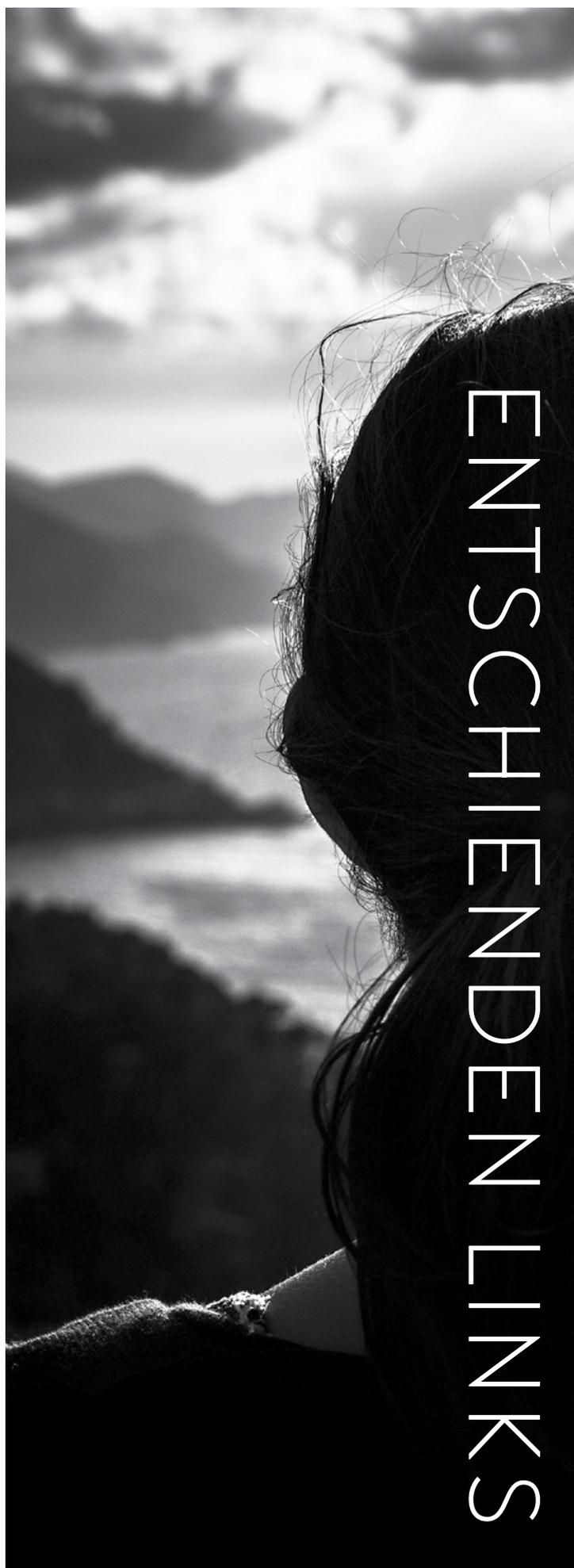
linksjugend ['solid]
www.linksjugend-solid.de
fb.com/linksjugendsolid

linksjugend
['solid] 

Bundesgeschäftsstelle

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 030 / 24009-131
Telefax 030 / 24009-326
E-Mail: info@linksjugend-solid.de
Web: www.linksjugend-solid.de
Bürozeiten: Montag – Freitag 10 - 17 Uhr

Redaktion: Bundesgeschäftsführung
Layout: Isabelle Bartram
E-Mail: layout@linksjugend-solid.de



INHALTSVERZEICHNIS



Solidarität mit den Genoss*innen, die in Köln auf der Straße sind und gegen den Parteitag der AfD demonstrieren und im besten Falle blockieren! Rassismus ist keine Alternative!	2
Solidarität mit Deniz Yücel	4
Jobstown Not Guilty!	5
Bildet euch, bildet andere, bildet Banden! – Für eine Bildungsoffensive	6
Unterstützung des NSU-Tribunal	8
Wahlrecht ab null Jahren	9
Trump, Erdogan, Putin, Merkel und Co. stoppen: Alle gegen G20!	12
Sturmflut auf G20! #NoG20HH	13
G20 STOPPEN! International gegen Krieg, Ausbeutung und Kapitalismus!	14
Stempel dich nicht ab! Gegen Manifestierung von Geschlechterrollen.	16
Ehe knows no gender!	17
Lernfabriken... meutern! unterstützen	18
Demokratie und Freiheit verteidigen! - Konsequenz gegen die Verschärfung des § 113 und § 114 StGB	19
Gutes Wetter, harte Zeiten – für den Feminismus kämpfen!	20
„Nein, nein, das ist nicht der Kommunismus“ – Gegen Stalin, Mao und autoritäre Sozialismusvorstellungen	22
Nicht in unserem Namen – gegen die Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts	25
Für eine demokratische, geheime Wahl der Spitzenkandidat*innen auf dem Bundesparteitag	28
Kostenfreie Verhütungsmittel für Alle!	29
Für einen Mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE	30
Gegen die Regierungsbeteiligung, für den Kommunismus!	31
Vergessene Verantwortung	35
[,solid] says: #notddz	36
Der Katholischen Kirche den feministischen und laizistischen Kampf ansagen!	37
End Coal - Klimaschutz ernst nehmen!	38
Unsichere Zeiten verlangen nach sicheren Antworten	39
UmFAIRteilen!	40
Gegen jeden Nationalismus!	42
Gegen die Homophoben Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und der Russischen Föderation!	44
Dringlichkeitsantrag zum Wahlprogrammmentwurf für den LINKE Bundesparteitag	46
Nach dem Referendum: Schluss mit der Kumpanei mit Erdoğan	47
Spende an Limity jsme my	48
Unterstützung für einen von Repression betroffenen Genossen	49
Religionskritik	50

BESCHLÜSSE

Solidarität mit den Genoss*innen, die in Köln auf der Strasse sind und gegen den Parteitag der AfD demonstrieren und im besten Falle blockieren! Rassismus ist keine Alternative!

Die AfD vertritt die Interessen der Superreichen und Konzerne: Atomkraft soll weitergeführt, Fracking erlaubt und die Bundeswehr aufgerüstet werden. Sie will Menschen mit und ohne deutschen Pass, Christ*innen gegen Muslime* und Muslima*, jung gegen alt, Männer* gegen Frauen* und andere Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen. Die AfD ist rassistisch, frauenfeindlich, homophob und antidemokratisch!

Rassistisch, nationalistisch, frauenfeindlich und unsozial!

Verbunden wird die AfD vor allem mit ihrer rassistischen Politik. So fallen ihre Spitzenpolitiker*innen immer wieder mit Stimmungsmache gegen Minderheiten auf. Im Zentrum stehen dabei Muslime sowie Sinti und Roma. In ihrem Programm fordern sie ein Verbot von Minaretten und eine Einschränkung der Freiheit, seinen Glauben auch in Form der eigenen Bekleidung auszuleben. Gleichzeitig werden Muslime als Gefahr für Deutschland dargestellt und Moscheen und deren Bau bekämpft. Sinti und Roma werden als "Belastung" für Sozialsysteme dargestellt und sollen nach dem Willen der Partei schneller abgeschoben werden. Auf Demonstrationen der Partei kommt es regelmäßig zu rassistischen, antisemitischen und antiziganistischen Äußerungen.

Neben nationaler Abschottung und unüberwindbaren Grenzen fordert die AfD die Zahl der Abschiebungen drastisch zu steigern und das Asylrecht abzuschaffen. Bereits jetzt werden Asylsuchende, die vor lebenswidrigen Umständen geflohen sind ausgewiesen, wie zum Beispiel Geflüchtete, die aus Afghanistan stammen. Dieser Zustand ist beschämend und verletzt die Menschenrechte. Dabei gilt es Abschiebungen nicht nur in Kriegsgebiete wie Afghanistan zu verhindern, sondern Deportationen generell abzuschaffen. Das eigentliche Motiv der AfD-Flüchtlingspolitik, besonders des neofaschistischen Parteiflügels ist ihr offener und aggressiver Rassismus.

Die AfD möchte die Vater-Mutter-Kind-Familie als "Keimzelle" des deutschen Volkes in den gesellschaftlichen Mittelpunkt stellen. Von (deutschen, nicht zugewanderten!) Frauen wird eine "ausreichende" Kinderzahl gefordert, um die sie sich kümmern müssen, während die Männer das Geld nach Hause bringen. Schwangerschaftsabbrüche lehnt die AfD strikt ab: Abtreibungen sind für sie nicht nur ein Vergehen, sondern ein Verbrechen. Diese Grundsätze widersprechen jeder selbstbestimmten Lebensgestaltung und sind extrem frauenfeindlich.

Wenn die AfD ihr Programm umsetzt, müssen lohnabhängig Beschäftigte für weniger Geld länger arbeiten. Soziale Absicherung und Gesundheitsversorgung wären noch mehr gefährdet als bisher. Die AfD richtet sich gegen die Interessen der Arbeiter*innen und Angestellten. Sie fordert die Steuern für Reiche weiter zu senken. Bei Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit und Soziales soll gekürzt werden.

Die AfD hat diese Politik nicht erfunden, sie knüpft nur radikaler an der Politik von CDU, SPD und Grüne an. Sie dockt mit ihrem Rassismus an der Abschottungspolitik und der Beschneidung des

Asylrechts durch die etablierten Parteien an. Wenn die Regierungsparteien Menschen ins Bürgerkriegsland Afghanistan abschieben, dann setzen sie damit AfD-Politik um und geben der AfD gleichzeitig die Vorlage, noch extremere Forderungen zu stellen. Obwohl sie dieselbe kapitalistische Politik umsetzen will, gibt sich die AfD als eine Partei gegen das herrschende System und versucht so den Frust und die Wut vieler Menschen für sich zu gewinnen. Die AfD will die Politik des kapitalistischen Establishments brutalisieren und gebärdet sich gleichzeitig als "Anti-Establishment-Partei".

Gegen ein "Weiter so" mit Merkel oder Schulz!

Die AfD und andere Rechtspopulist*innen sind das Produkt von jahrzehntelanger neoliberaler Umverteilungs- und Kürzungspolitik. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Alle etablierten Parteien haben diese Entwicklung vorangetrieben, SPD und Grüne hatten mit der Agenda 2010 entscheidenden Anteil daran. Kriege und Waffenexporte haben die Welt unsicherer gemacht. Die Alternative zu den Rechtspopulist*innen ist nicht ein "Weiter so" mit Merkel oder Schulz. Die Scheinlösungen der Rassist*innen erfordern klare Antworten von links.

Lassen wir uns nicht spalten! Kämpfen wir gemeinsam für sichere Jobs und Renten, die allen ein gutes Leben ermöglichen. Werdet mit uns aktiv für bezahlbare Wohnungen, für mehr Demokratie, für bessere Bildung, für ein gutes Leben. Kämpfen wir gemeinsam gegen das Gift, welches die AfD und andere Rechte verbreiten!

Die AfD ist keine Alternative. Wir lassen uns nicht spalten – für Klassenkampf und eine sozialistische Demokratie! Solidarität mit den Genoss*innen, die in Köln auf der Straße sind und gegen den Parteitag der AfD demonstrieren und im besten Falle blockieren!

Solidarität mit Deniz Yücel

Wir, der Landesverband Bayern der Linksjugend [‘solid], fordern, dass der Bundesverband der Linksjugend [‘solid] sich mit dem Journalisten Deniz Yücel solidarisiert.



Jobstown Not Guilty!

Wir, die linksjugend [‘solid] möchten unsere ernststen Bedenken bezüglich der Verurteilung eines Minderjährigen im Jugendgericht, sowie hinsichtlich der anstehenden Prozesse (beginnend am 24. April) von 18 weiteren Menschen, in Irland aussprechen. Die Angeklagten nahmen am 11. November 2014 in Jobstown an einem Protest gegen Kürzungen und Wassergebühren teil, bei welchem auch die frühere Tanaiste (Vize-Premierministerin) anwesend war.

Soweit wir wissen, ist es ein beispielloser Vorfall im irischen Staat, dass Menschen für die Teilnahme an einer Sitzblockade, welche das Auto der Ministerin nicht passieren ließ, wegen “Freiheitsberaubung” angeklagt werden. Das setzt friedlichen zivilen Ungehorsam mit Entführung gleich und kann, bei vollem Strafmaß, lebenslange Haft zur Folge haben. Ein Schuldspruch in den Jobstown-Prozessen wäre ein massives Fehlurteil, welches Menschen dafür bestraft, sich für ihre Rechte eingesetzt zu haben. Er wäre ein bedrohlicher und gefährlicher Präzedenzfall, welcher den Weg für Anklagen auf Freiheitsberaubung gegen verschiedene Protestformen ebnet würde: Streikposten, Anti- Kriegs-Aktionen, Proteste für das Recht auf Abtreibung oder lokale Mobilisierungen gegen die furchtbare Wohnungskrise oder die wachsende soziale und ökonomische Ungleichheit, bei welchen Politiker*innen oder andere kurzweilig blockiert werden könnten. Es wäre eine Bedrohung für die Grundrechte, sowie das Recht auf Versammlungsfreiheit und gewaltlosen Widerstand. Es ist offensichtlich, dass das Establishment die Jobstown-Aktivist*innen ins Gefängnis stecken will, um den einfachen Menschen den Mut zu nehmen, sich auch an Protestbewegungen wie der Bewegung gegen die Wassergebühren zu beteiligen. Diese Bewegung war ein Erfolg und hat das politische Establishment dazu gezwungen, die Gebühren fallen zu lassen. Es ist eine nicht hinnehmbare Situation, dass nun 18 Menschen und Familien mit der Belastung einer potenziell langen Haftstrafe umgehen müssen. Schon jetzt müssen sie es aushalten, als Kriminelle dargestellt zu werden: die Angeklagten wurden in ihren Wohnungen unter großen Polizeiaufgebot nicht gerade mit Samthandschuhen verhaftet. Protest ist kein Verbrechen. Wir fordern, dass die Anklagen fallen gelassen werden. Wir unterstützen die „Jobstown Not Guilty“ Kampagne und rufen alle Menschen dazu auf, dasselbe zu tun, um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen.

Bildet euch. bildet andere. bildet Banden!

- Für eine Bildungsoffensive

Die gesellschaftliche Situation ist für uns eigentlich gerade gar nicht so schlecht. Es gibt nicht nur ein Erstarken der Rechten, sondern auch eine starke Politisierung junger linker weltoffener Menschen, weshalb viele unserer Basisgruppen gerade viel Zulauf haben. Das ist gut, stellt uns aber auch vor eine Herausforderung: wir müssen es schaffen diesen Zuwachs auch in eine Stärkung des Verbandes zu übersetzen und den Menschen die zu uns kommen auch politische Bewusstseinsbildung ermöglichen.

Gute politische Bildung ist nicht nur ein Selbstzweck. In der Zeit bei uns lernen viele Menschen politisches Handwerkszeug und bekommen ein umfassendes politisches Bewusstsein und Analysefähigkeiten. Davon werden sie noch Jahrzehnte zehren können, sei es in der LINKEN, in Bewegungen, linksradikalen Gruppen, Gewerkschaften oder praktischen linken Kollektiven. Wir haben auch eine Verantwortung für die Zukunft und den Sozialismus.

Deshalb wollen wir die politische Bildungsarbeit im Verband stärken und beantragen daher, dass sich Der BSpR gemeinsam mit dem BAK Politische Bildung und dem Bildungswerk für Politik und Kultur, sowie in Zusammenarbeit mit dem Bereich Politische Bildung der LINKEN koordiniert um folgende Projekte anzugehen:

a) Basisgruppenseminare breiter bekanntmachen

Die Basis unseres Verbandes sind die Basisgruppen. Hier geschieht die politische Grundbildung, hier sammeln Genoss*innen die Grundlagenerfahrungen, hier diskutieren wir über Marx und die Welt. Deshalb ist es wichtig neue und erneuerte Basisgruppen ohne langjährig Aktive Genoss*innen mit den Basisgruppenseminaren dabei zu unterstützen und die Seminare bei den Gruppen bekannt zu machen.

b) Teamer*innenbasis verbreitern

Bildungsarbeit im allgemeinen und auch Grundlagenseminare im besonderen machen sich nicht von alleine. Wenn wir es schaffen die Bildungsarbeit so zu verbreitern wie wir wollen, können das die Teamer*innen des Bildungswerkes nicht alles alleine stemmen. Deshalb soll es eine Schulung für neue Teamer*innen geben, die die Bildungsarbeit mit übernehmen können. Bei Bedarf soll diese Schulung wiederholt werden.



c) Regionale Aktivist*innenseminare

Politische Bildung hört nicht in der Basisgruppe auf und es gibt viele Grundlagen des politischen Aktivismusses, die nicht in ein Basisgruppenseminar passen. Von grundlegender Kapitalismusanalyse über die Rolle von Race, Class und Gender, Geschichte und Veränderungsperspektiven bis zu grundlegendem Handwerkszeug gibt es eine Menge zu lernen, um in den kommenden Jahrzehnten gute linke Politik zu machen. Die Rosa Luxemburg Stiftung hat in verschiedenen Bundesländern Seminarreihen unter dem Titel „Einstiege in Linke Politik“ etabliert, die genau das sehr erfolgreich leisten. Ihr Erfolg liegt auch darin nicht nur Bildung zu vermitteln – die vor Ort weitergetragen werden kann –, sondern auch Menschen aus verschiedenen Orten vernetzen und so hierarchiearme Netzwerke schaffen, die die Grundlage für eine starke linke politische Zivilgesellschaft bilden. Wir sollten auch in der linksjugend [solid] diese Erfahrung nutzen um im kommenden Winter zwei bis drei eigene regionale Seminarreihen zu starten.

d) BAK Politische Bildung stärken

Der Bundesarbeitskreis Politische Bildung ist zur Zeit wie alle BAKs nicht sehr gut aufgestellt. Um erfolgreiche demokratische Bildungsarbeit zu machen und unsere zentralen Bildungsveranstaltungen wie Sommercamp und Winterakademie zu planen, brauchen wir einen stabilen BAK. Außerdem kann und soll ein solcher Bundesarbeitskreis dazu dienen die Bildungserfahrungen aus den Landesverbänden zu teilen und zu diskutieren um voneinander zu lernen. Die Arbeitsgruppe soll deshalb in geeigneter Form für die Mitarbeit im Bundesarbeitskreis werben und die Arbeit wieder anschieben.

Unterstützung des NSU-Tribunal

Der Bundeskongress möge finanzielle Unterstützung des NSU-Tribunals (17. bis 21. Mai 2017 in Köln) in Form einer Spende in Höhe von maximal 1000 Euro beschließen. Weiterhin wird der Aufruf vom Bundesverband unterstützt.

Wahlrecht ab null Jahren

Die Debatte um Mindestwahlalter ist momentan wieder abgeflaut und nicht mehr in den Medien präsent. Dennoch sollte das Mindestwahlalter gerade in Bezug auf die kommende Bundestagswahl wieder Beachtung finden.

Freie und gleiche Wahlen, aber noch nie für alle

In Deutschland ist das Wahlrecht durch die Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, sowie des UN-Zivilpakt ein demokratische legitimiertes Menschenrecht. Somit steht nach unserem Verständnis allen Personen, welche in Deutschland leben das Recht zu wählen zu. Allerdings wird 12,91 Millionen Menschen¹ in Deutschland dieses Recht verwehrt. Dies liegt an der willkürlichen Festlegung, dass nur Personen über 18 Jahren in Deutschland wählen dürfen. Wie willkürlich diese Festlegung ist, zeigt ein Blick in die Geschichte des Wahlalters in Deutschland.

1945 wurde das Wahlrecht von 20 auf 21 Jahre erhöht, nur um 25 Jahre später auf 18 Jahre gesenkt zu werden. 1974 wird das passive Wahlrecht dem angepasst. Niedersachsen setzt 1995 das Wahlalter auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre fest. Bremen und Brandenburg folgen dem Trend und erlauben Wahlen auf Landesebene 2009 bzw. 2011 ab 16 Jahren. All diese Festlegungen erfolgen ohne konkrete Begründung. Diese Altersgruppen werden lediglich nun auch für (begrenzt) mündig gehalten. Diese Grenzen stehen ebenso im Gegensatz zu dem Strafmündigkeitsalter von 14 Jahren. Die Geschichte demokratischer Wahlen zeigt ebenso, dass eine Festlegung von willkürlichen Hürden zur Wahl immer ein Mittel war, um bestimmte Bevölkerungsgruppen von der öffentlichen Meinungsbildung auszuschließen. Sei es der Ausschluss von Frauen* (der in der Schweiz bis 1971 anhielt!), Personen ohne Besitz, Personen mit geringem Steueraufkommen oder Personen, welchen eine bestimmte Ethnie oder Rasse zugeschrieben wurde.

Eine der Gruppen, die immer noch ausgeschlossen sind, sind eben Personen unter 18 Jahren. Diese Festlegung wird auch nicht weiter begründet, sondern durch eine historische Gewachsenheit verteidigt. Diese ist offensichtlich nicht gegeben.

Wählen dürfen nur "reife Menschen"

Häufig wird das Argument angeführt, dass Kinder einfach nicht reif genug seien zu wählen. Allerdings hängt Reife und Alter eines Menschen nicht zusammen. Es gibt Personen jeglichen Alters, welche sich noch nicht oder nie mit Politik beschäftigt haben und genauso Personen, welche bestens informiert sind. Allerdings wird diese Frage nur bei Personen unter 18 Jahren aufgeworfen. So kann ein Mensch unter 18 Jahren sehr informiert sein und genau wissen, wen und warum er*sie wählt, während Personen über 18 Jahren einfach zufällig ein Kreuz machen können, ohne sich vorher zu informieren. Niemand versucht einem*einer Wähler*in das Wahlrecht zu entziehen, wenn diese*r sich nicht informiert hat. Diese Sonderbehandlung gibt es nur bei Kindern.

Fraglos gibt es viele Kinder, welche sich nicht mit Politik auskennen und auch kein Interesse an ihr haben. Dies ist bei Personen über 18 Jahren allerdings ebenso der Fall. Desinteresse kann aber kein Argument sein, da es keine Wahlpflicht gibt. So können auch Erwachsene, welche sich nicht für die Politik oder die Gesellschaft interessieren, nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Deswegen wird ihnen dieses aber nicht entzogen. Niemand muss wählen, aber jede*r sollte wählen dürfen.

Ein Wahlrecht für Kinder würde auch direkt dazu führen, dass sich der Umgang mit Kindern von Politik und Gesellschaft ändern müsste. So müssten Reden, Wahlprogramme und Grundsatzprogramme so geschrieben werden, dass auch Kinder sie verstehen, da diese als potenzielle Wähler*innen eben-

so geworben werden müssen. Die oft verklausulierte Politiksprache müsste gegen eine leichtere, allgemein verständliche Alltagssprache eingetauscht werden, wovon Personen aller Altersgruppen profitieren dürften. Ebenso würden sich kinderrechtliche Forderungen endlich vermehrt in Wahlprogrammen wiederfinden. Auch der Blick auf das Schul- und Bildungswesen wäre ein anderer.

Ein weiterer Einwand gegen das Kinderwahlrecht ist, dass diese leichter zu beeinflussen seien. Allerdings sind Personen über 18 Jahren ebenso beeinflussbar. Ansonsten wäre jegliche Wahlwerbung nutzlos, da sie keine Wirkung auf die Personen hätte. Kinder sind auch leichter beeinflussbar, da diese sich bisher wahrscheinlich eher weniger Gedanken über Politik gemacht haben, da ihre Meinung sowieso als irrelevant angesehen wird. Ebenso ist die Befürchtung Kinder würden einfach das wählen, was ihre Eltern ihnen vorgeben ungerechtfertigt. Zum einen trifft dieser Vorwurf momentan wahrscheinlich auch auf sehr viele Personen über 18 Jahre zu und zum anderen liegt die letzte Entscheidung immer bei der wählenden Person. Der Vorwurf, dass Personen einfach nur wählen würden, was ihnen von einem Elternteil vorgegeben wird, stellt auch eine direkte Parallele dazu dar, dass bei der Einführung des Frauenwahlrechts argumentiert wurde, dass Frauen nur wählen würden, was der Mann ihnen vorgeben würde.

Das Argument, dass Kinder vermehrt "extremistische Parteien" wählen würden und deshalb nicht wählen sollten, ist ebenso absurd.² Einer Bevölkerungsgruppe aufgrund ihres Wahlverhaltens das Wahlrecht zu entziehen ist zutiefst undemokratisch. Darüber hinaus sollten die Gründe für ein solches Wahlverhalten bedacht werden. Zu den "extremistischen Parteien", die nach populärer Ansicht überrepräsentiert sind, gehörten vor allem rechtsradikale Parteien wie die NPD. Diese hat gezielt versucht, mit Aktionen wie Schulhof-CDs junge Menschen für ihre menschenverachtende Politik zu gewinnen. Sie waren erfolgreich, weil sie weitestgehend die einzige Partei war, die versucht hat schon früh mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu treten. Allerdings hat die NPD durch den Aufstieg der AfD an Bedeutung eingebüßt und dieser Punkt hat an Aktualität eingebüßt.

Ein weiteres Argument der Befürworter von Wahlaltersgrenzen ist, dass der Jugendschutz dafür sorgt, dass Kinder besonders geschützt werden. So ist ein Kind erst mit 14 Jahren strafmündig und es gilt das Jugendschutzgesetz. Folglich sollten Kinder auch nicht schon mit null Jahren das Wahlrecht gewährt werden. Allerdings ist der Vergleich hier absurd. Bei Gesetzen wie Jugendschutz oder Strafmündigkeit geht es tatsächlich um den Schutz von Kindern. Beim Wahlrecht dagegen geht es nicht um den Schutz. Denn es gibt keinen Grund, warum man Menschen vor dem Recht zu wählen schützen sollte.

Generationengerechtigkeit

Politik wird schon immer von alten Männern dominiert. Diese Dominanz der alten Generation wird in den nächsten Jahren deutlich zunehmen, da die deutsche Gesellschaft altert. So werden laut Prognosen bis 2050 40% der Bevölkerung 60 Jahre oder älter sein.³ Dieses gesellschaftliche Ungleichgewicht wird in der repräsentativen Demokratie noch dadurch verstärkt, dass ein Großteil der jungen Menschen – nämlich die unter 18-jährigen – nicht repräsentiert werden. Insbesondere bei akuten Gefahren wie Klimawandel und Krieg dürfen junge Menschen nicht mitentscheiden. Diese Probleme werden von alten Menschen diskutiert, die nicht mit den Folgen leben müssen.

Die Absurdität zeigt sich auch beispielhaft an der Debatte über die Wehrpflicht. Personen welche in ihrem Leben noch nicht die Chance hatten bei einer Wahl Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, mussten sich trotzdem der Wehrpflicht beugen. Natürlich sind Wahlen nicht das einzige Mittel der Einflussnahme auf die Politik, allerdings sollte ihre Bedeutung und Verbindlichkeit beachtet werden. Durch die Nichtbeachtung von Kindern bei der Wahl kann diese auch kein repräsentatives Stim-

mungsbild abgeben. Da ein Teil der Gesellschaft ausgeschlossen ist, wird die gesellschaftliche Vielfalt nicht korrekt abgebildet. Gerade in Themen der Akzeptanz und Toleranz von nicht normgerechten Lebensformen sind junge Menschen deutlich offener als die ältere Generation. Dies zeigt sich unter anderem an der Debatte über gleichgeschlechtliche Ehe, bei der junge Menschen eine Öffnung der Ehe für alle mit einer deutlichen Mehrheit befürworten, während alte Menschen diese blockieren. Solche Konflikte werden durch das Mindestalter bei Wahlen nur noch mehr von der älteren Generation dominiert.

Kinderparlamente und Stellvertreter*innenwahlrecht

In einigen Städten und Gemeinden existieren sogenannte Kinder- oder Jugendparlamente. Diese sollen Kindern und Jugendlichen suggerieren, dass sie am politischen Leben teilhaben und ihre Stimme auch ins Gewicht fällt. Allerdings sind solche Parlamente kein Ersatz für ein vollwertiges Wahlrecht für alle Menschen. Es geht nicht darum, dass Kinder und Jugendliche mit einem Politikspiel oder einer Alibiveranstaltung abgespeist werden, sondern, dass sie als vollwertige Menschen anerkannt werden. Analog haben sich auch Frauen* nicht mit einem Frauen*parlament oder Rentner*innen mit einem Rentner*innenparlament zufrieden gegeben.

Das Modell des Stellvertreter*innenwahlrecht ist ebenfalls abzulehnen. Dabei würde das Wahlrecht auf eine ältere Person übertragen, bis das Mindestwahlalter erreicht ist und das Kind oder der*die Jugendliche das Wahlrecht selbstständig ausführen darf. Dies stellt keine wirkliche Verbesserung dar, da das Interesse von Eltern oder ähnlichen Stellvertreter*innen oft nicht dasselbe Interesse, wie das des Kindes ist. Zudem widerspricht ein solches Wahlrecht auch den Grundsätzen einer freien und direkten Wahl.

In der Konsequenz fordern wir die linksjugend [‘solid] die Abschaffung eines Mindestwahlalters. Das Mindestwahlalter basiert auf adultistischen Vorurteilen und es ist vollkommen willkürlich festgelegt. Wie dargestellt muss die Forderung sein, dass das Mindestwahlalter vollkommen abgeschafft wird und jedem Menschen in Deutschland muss die Möglichkeit gegeben werden, sich für eine Wahl registrieren zu lassen und dadurch in dieser zu wählen. Eine Herabsenkung des Wahlalters ist kritisch zu befürworten. Es geht uns zwar um eine qualitative Änderung und nicht eine quantitative, allerdings ist dies zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

Das Wahlrecht muss nicht nur unabhängig von “Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand”⁴, sondern auch explizit unabhängig vom Alter gewährt werden.

Fußnoten

1. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197783/umfrage/minderjaehrige-kinder-in-deutschland/>
2. Auf die unsinnige Extremismustheorie, die dem zugrunde liegt, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.
3. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/DemografischerWandel/KrankenhausbehandlungPflegebeduerftige5871102109004.pdf?__blob=publicationFile
4. aus dem Verbot der Diskriminierung Artikel 2 der UN-Menschenrechtscharta

Trump. Erdogan. Putin. Merkel und Co. stoppen: Alle gegen G20!

Am 7./8. Juli 2017 wird in Hamburg das G20-Gipfeltreffen der größten imperialistischen Industrie- und Schwellenländer stattfinden. Dort wollen die höchsten Repräsentant*innen der herrschenden Klasse ihre Politik diskutieren. Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung bedeutet das nichts Gutes: Wir haben weitere Angriffe auf unsere Lebensstandards und auf elementare soziale Rechte zu erwarten. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass kein noch so langes Gespräch zwischen den Herrschenden dazu in der Lage wäre, den erschreckend schnell voranschreitenden Klimawandel, die Verschmutzung und Zerstörung unserer Umwelt oder die überall geführten Kriege für Rohstoffe, Konzernprofite und geopolitischen Einfluss zu stoppen. Wer will, dass damit Schluss ist, sollte selbst aktiv werden!

Wenn bekennende Rassisten und Sexisten wie US-Präsident Donald Trump oder autokratische Diktatoren wie der türkische Präsident Erdogan hier herkommen, dann haben wir Grund genug, sie wieder zu vertreiben! In „ihren“ Ländern sind sie bereits mit riesigen Massenprotesten der einfachen Bevölkerung konfrontiert. Gegen die Amtseinführung von Trump und seinem Konzernkabinett und gegen die rassistische, sexistische und kriegstreiberische Politik, die von ihm ausgehen wird, sind Ende Januar in den USA mehrere Millionen Menschen auf die Straße gegangen. In der Türkei stellen sich mit Demonstrationen immer wieder zehntausende Menschen gegen Erdogans Weg in die Diktatur. Wenn die bürgerlichen Staats- und Regierungschefs der Welt in Hamburg zusammenkommen, dann sollten wir ihnen einen gebührenden Empfang bereiten! Linksjugend [‘solid] ruft deshalb dazu auf, sich im Juli an den Gegenprotesten gegen den Gipfel der Herrschenden zu beteiligen.

Dazu wird der Bundesverband politisches Material erstellen, Landesverbände und Basisgruppen bei der Organisation von Info- und Mobi-Veranstaltungen unterstützen und sich danach erkundigen, ob eine organisierte gemeinsame Anreise nach Hamburg aus verschiedenen Großstädten Deutschlands möglich ist. Außerdem unterstützen wir den Hamburger Landesverband von linksjugend [‘solid] bei der Durchführung der von den Genoss*innen vor Ort geplanten Aktionen und Proteste.



Sturmflut auf G20! #NoG2OHH

Am 07. und 08.07.2017 soll das G20-Treffen in Hamburg stattfinden. In der Vergangenheit sind dabei immer wieder Städte zu Hochsicherheitszentren aufgerüstet und Proteste unterdrückt worden. In der jüngeren Geschichte des Gipfels fand 2010 in Toronto beispielsweise die größte Massenverhaftung der kanadischen Geschichte statt, als fast 1000 Aktivist*innen verhaftet wurden. Hamburgs SPD-Bürgermeister Olaf Scholz hat mit dem Einsatzleiter Hartmut Dudde den Demonstrant*innen und ihrem legitimen Anliegen keinen Gefallen getan. In der Vergangenheit haben Gerichte wiederholt von ihm verantwortete Polizeieinsätze für rechtswidrig erklärt. Auf ihn geht die sogenannte 'Hamburger Linie' zurück, nach der eilig und rücksichtslos gegen Demonstrant*innen vorgegangen wird. Das ist auch für die Proteste gegen den G20-Gipfel zu fürchten, seine Benennung zum Einsatzleiter spekuliert damit auf seine Rücksichtslosigkeit.

Die Einrichtung einer Roten Zone erinnert an die Gefahrengebiete in den Stadtteilen St. Pauli, Sternschanze und Altona 2014. Die Anwohner*innen in Hamburg werden massiven Einschränkungen ausgesetzt, während der G20-Gipfel Kosten im hohen dreistelligen Millionenbereich verursacht! Auf Bürger*innenbeteiligung wurde gänzlich verzichtet und die Gastgeber*innenstadt Hamburg intransparent bestimmt. Demokratische Grundrechte werden beim Gipfel regelmäßig eingeschränkt, in Hamburg droht unter Umständen eine Allgemeinverfügung, durch die jegliche Versammlungsfreiheit für einen bestimmten Zeitraum ausgesetzt wird.

Auf dem Gipfel werden an der offiziellen Struktur der Vereinten Nationen vorbei rechtlich nicht verbindliche Beschlüsse verabschiedet, die den Interessen der mächtigsten Staaten dienen, eben der G20. Ein Beispiel hierfür ist die geplante Debatte zu Afrika. Außer Südafrika ist kein afrikanisches Land unter den G20. Der G20-Gipfel ist ein Treffen von 20 Regierenden und vielen dazugehörigen Minister*innen, die über die Geschicke von 193 Ländern bestimmen wollen. Sie sind nicht die Repräsentant*innen der Welt! Dies wollen wir ihnen deutlich machen und werden bundesweit zu Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg aufrufen und beteiligen uns wie folgt:

1. Linksjugend [solid] ruft zu dem Alternativgipfel am 05. und 06. 07., zu den Aktionen des zivilen Ungehorsams am 07.07. und zur Großdemonstration am 08.07. auf.
2. Linksjugend [solid] stellt einen eigenen Jugendblock auf der internationalen Großdemonstration »grenzenlose Solidarität statt G20« am Samstag den 08.07.17 um 11 Uhr in Hamburg.
3. Linksjugend [solid] tritt dem internationalen Bündnis »Jugend gegen G20« als Unterstützerin bei.
4. Für die Anreise kann eine Unterstützung beim Bundesverband beantragt werden. Da aber bisher wesentliche Kosten aus Bundesmitteln getragen werden (Camp, Aktion, Lauti auf der Demo, etc.), sind alle Landesverbände aufgerufen, zuvor eine eigene Finanzierung zu prüfen.
5. Linksjugend [solid] beteiligt sich an dem Aktionscamp und ruft alle Protestierenden von linksjugend [solid] und unserem Umfeld auf, sich an dem Barrio im Camp zu beteiligen und vor Ort, sowie in der Vorbereitung einzubringen.
6. Der Bundesverband erstellt eigenes Material (Flyer und Sticker) zur Bewerbung der Proteste.
7. Der BSpR wird beauftragt, sich an die Partei zu wenden und diese in die Organisation einzubinden.

G20 STOPPEN! International gegen Krieg, Ausbeutung und Kapitalismus!

Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der G20-Proteste wird beauftragt bei der Erstellung unseres Mobilisierungsmaterials folgende Inhalte zu berücksichtigen:

Ausbeuter

Die G20-Staaten konkurrieren militärisch und wirtschaftlich miteinander - aber sie haben auch gemeinsame Interessen. Zusammen haben sie sich immer wieder gegen die Begrenzung von Bonuszahlungen für Manager und Steuern für Börsengeschäfte gestellt. Ob Agenda 2010 in Deutschland, Arbeitsgesetz in Frankreich oder oder oder: Die Reichen werden reicher - und die Ärmsten müssen für diese Umverteilungspolitik nach oben büßen! Auch durch weltweite Niedriglöhne, Kürzungen ausbeuterischen Freihandel mit Abkommen wie CETA haben Milliarden weltweit kaum mehr genug um zu überleben!

Kriegstreiber

Die G20-Staaten kämpfen um Einfluss in der Welt. Um ihre Interessen gegeneinander durchzusetzen, führen sie Kriege wie in Syrien, Irak oder Afghanistan. Noch dazu machen sie Milliardenengeschäfte mit Waffenexporten. Rheinmetall will jetzt eine Panzerfabrik in der Türkei eröffnen. Aber die einfachen Menschen wollen Frieden und nicht Krieg! Wir wollen die Enteignung der großen Rüstungskonzerne und ihre zivile Umnutzung bei Erhalt aller Arbeitsplätze!

Fluchtverursacher

Mit ihren Kriegen für geostrategische Interessen, neue Absatzmärkte und höhere Profite haben die G20-Staaten ganze Landstriche in Schutt und Asche bombardiert. Die großen Konzerne dieser Länder verpesten die Umwelt und sorgen für Klimaerwärmung und steigende Meeresspiegel. Die Folge ist millionenfache Vertreibung. Es sind weltweit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht, nur damit eine kleine Klasse von Superreichen und Bossen in Luxus leben kann!

Klimakiller

Drei Viertel der weltweiten CO₂-Emissionen gehen auf das Konto der G20. Kanada und Großbritannien setzen auf mehr Atomkraft. Auch in Deutschland laufen AKW weiter und stoßen Industrie und Verkehr massiv CO₂ aus. Trump will aus Klimaschutzabkommen aussteigen.

Wir stehen in Solidarität mit Umweltprotesten weltweit. CO₂-Emissionen müssen reduziert, Energiekonzerne verstaatlicht und Umweltkiller gestoppt werden. Zum Abschied von Kohle, Öl, Atomkraft und Gas gibt es keine Alternative.

Sexisten

Einschränkung von Abtreibungsrechten, tolerierte Gewalt gegen Frauen, Homophobie: für diese Politik stehen die Chefs der G20. Ob USA, Brasilien, Russland, Türkei oder Saudi Arabien: Sie nutzen Diskriminierung, um Kürzungen an Gesundheit, Pflege und Kindererziehung zu rechtfertigen. Wir sind solidarisch mit den Frauenbewegungen in den USA, der Türkei und Lateinamerika, den LGBT-Protesten in Russland und anderswo. Wir kämpfen gemeinsam für Gleichberechtigung, sexuelle Selbstbestimmung, ein besseres Sozialsystem, höhere Löhne und gegen Gewalt an Frauen!



Terrorist

Zu G20 ist auch Recep Tayyip Erdoğan eingeladen. Erdoğan führt einen blutigen Bürgerkrieg gegen Kurdinnen und Kurden und will die Opposition zum Schweigen bringen. G20 sagen, sie wollen den Terror bekämpfen und Angela Merkels Regierung zeigt sich hochempört über die drohende AKP-Diktatur. Trotzdem wollen sie sich mit Erdoğan an einen Tisch setzen und halten die militärische Zusammenarbeit aufrecht! Wir lehnen diese ekelhafte Heuchelei ab und stehen an der Seite aller Kämpferinnen und Kämpfer, die in der Türkei verfolgt werden!

Rückseite

Ausbeuter, Kriegstreiber, Fluchtverursacher, Staatsterroristen, Sexisten und Klimakiller: Das sind die Chefs der G20-Staaten. Wollten die mächtigsten Politiker der Welt oder die Wirtschaftsbosse etwas an diesen Problemen ändern, hätten sie es längst getan. Wir stehen stattdessen an der Seite der Unterdrückten in allen Ländern und sind solidarisch mit den Demonstrationen, Bewegungen und Streiks, die sich gegen die Regierungen in vielen Ländern entwickeln.

Wenn wir die Ursachen bekämpfen wollen, müssen wir das System in Frage stellen, das die Probleme hervorbringt, den Kapitalismus. Deshalb wollen wir eine sozialistische Gesellschaft, in der wir demokratisch entscheiden können, was wie produziert wird und wie wir unsere Rohstoffe verwenden. Darin könnte Krieg, Ausbeutung, Umweltzerstörung und Frauenunterdrückung wirksam bekämpft werden.

Wirklich verändern können wir nur etwas, wenn wir uns bewegen und zwar massenhaft.

Hilf mit, gegen den G20 Gipfel zu mobilisieren.

Gehe im Juli mit uns in Hamburg auf die Straße, organisiere dich und kämpfe mit uns für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

Stempel dich nicht ab! Gegen Manifestierung von Geschlechterrollen.

Wir, die linksjugend [‘solid], beschließen, dass Geschlechterklischees nicht zur Vermarktung reproduziert werden sollten! Unternehmen forcieren eine subtile Verfestigung von heterosexuellen Geschlechterrollen in der Gesellschaft um ihren Gewinn zu erhöhen. Gesellschaft macht Geschlecht, durch dieses Vorgehen werden Rollenbilder reproduziert um den Konsumenten das Gefühl zu geben, dieses auf sein gesellschaftlich definiertes Geschlecht zugeschnittene Produkt könnte seine „Geschlechtsspezifischen“ Bedürfnisse befriedigen.

Die linksjugend [‘solid] ist nicht unabhängig von den herrschenden, patriarchalen Verhältnissen, deshalb ist es unsere Verpflichtung als feministischer und emanzipatorischer Jugendverband diese mit Vorbildfunktion zu reflektieren und aufzubrechen! Gerade jetzt in der Wahlkampfzeit, sollte wir uns kritisch mit den herrschenden heterosexuellen Rollenbildern auseinandersetzen und diese nicht reproduzieren sondern unsere Inhalte in den Vordergrund stellen. Es sollte unter gar keinen Umständen geschehen, dass diese Inhalte durch Rollenklischees nach außen transportiert werden!

Innerhalb der Medienlandschaft (Fernsehen, soziale Netzwerke, Werbung im öffentlichen Raum) werden einzelne Produkte durch heteronormative, chauvinistische Vorurteile beworben. Der „Junge“ soll der gute arbeitende Praktiker werden und das „Mädchen“ schlichtweg süß ausschauen und dafür sorgen, dass es ihrem zukünftigen Mann an nichts mangelt.

Dies wird getan, indem einzelne Hersteller*innen unter mehreren Namen dasselbe Produkt anbieten um unterschiedliche Märkte zu erschließen, um einen höheren Gewinn zu erwirtschaften. Durch diese Art und Weise den eigenen Gewinn zu erhöhen und gleichzeitig werden sehr subtil Geschlechterrollenbilder in die Gesellschaft implementiert. Dies geschieht indem dem Konsument*innen durch Werbung suggeriert wird, dass nur das Produkt für sein „Geschlecht“ spezifiziert wurde und nur dieses Produkt sein suggeriertes Geschlechtsspezifisches Bedürfnis befriedigen kann. Durch diese Suggestion werden Rollenbilder festgefahren und ebnen den Weg für Ressentiments, und jedwede Art von Feindlichkeit gegenüber Abweichungen der Gesellschaftlichen Norm, da diese als „Gesellschaftlich unerwünscht“ klassifiziert werden und sich dies manifestiert.

- Der BuKo möge beschließen, die Linksjugend [‘solid] wirbt nicht mit sexistischen Rollenklischees
- Der BSp*R der Linksjugend [‘solid] stellt einen Antrag an den Bundesparteitag der Partei „die Linke“, dass sexistische Rollenbilder nicht reproduziert werden um Inhalte zu bewerben und damit ein gesellschaftliches Gegengewicht darzustellen um dieses im Wahlkampf zu repräsentieren.

Ehe knows no gender!

In der Bundesrepublik Deutschland ist es bisher für alle Beziehungskonstellationen jenseits der heteronormativen Partner*innenschaft, also zwischen Mann und Frau, nicht möglich eine Eheschließung einzugehen. Wir kritisieren die daraus resultierenden Privilegien und beschließen deshalb, dass wir uns für eine Ehe für alle einsetzen. Grundsätzlich treten wir für die Abschaffung der Eheprivilegien, wie beispielsweise Steuererleichterung und Adoptionsrecht, ein. Doch solange diese existieren, sollten sie für alle zugänglich sein.

Lernfabriken... meutern! unterstützen

Die linksjugend [solid] unterstützt das Bündnis Lernfabriken... meutern! und bringt sich unter der Maßgabe für ganzheitliche linke emanzipatorische Positionen im Bündnis zu streiten, damit dort sowohl die Freiheit des Lernens als auch die soziale Frage in der Bildung betrachtet werden.

Das heißt konkret:

- Wir unterstützen den unten dokumentierten Aufruf 2017.
- Wir rufen zur Beteiligung an der Aktionswoche vom 19. bis 24. Juni mit dezentralen Demonstrationen am 21. Juni auf.
- Wir bringen uns in das Bündnis ein und rufen unsere Basisgruppen dazu auf sich in Lokalbündnissen zu engagieren.
- Wir beauftragen den BSpR das Bündnis im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten finanziell zu unterstützen.

Demokratie und Freiheit verteidigen! - Konsequenz gegen die Verschärfung des § 113 und § 114 StGB

Die aktuell durch die große Koalition geplante Verschärfung des §113 und §114 fügt sich ein in ein umfangreiches Maßnahmenpaket konservativer und rechter Politiker_innen. Die von ihnen befeuerten Ängste innerhalb der Bevölkerung nutzen sie dabei, um den eigenen Zielvorstellungen eines restriktiven law - and order - Staates näher zu kommen. Wir lehnen diese Verschärfung konsequent ab und fordern alle Strukturen der Partei DIE LINKE, insbesondere die Bundestagsfraktion dazu auf, den Gesetzesentwurf abzulehnen. Weiter fordert er alle Mitglieder und Sympathisant_innen auf, die Petition "Nein zum Polizeistaat - stoppt die Änderungen der §113 und §114StGB!" zu unterzeichnen. Grundsätzlich haben die Verschärfungen von Strafgesetzen überhaupt keinen Einfluss auf die Häufigkeit von Anzeigen oder gar die Begehung von Straftaten. Dank der Strafbarkeit von Körperverletzung existiert auch keine Regelungslücke, die es zu schließen gelte. Tatsächlich wird jede Verletzung einer Polizist_in im Einsatz ausnahmslos zur Anzeige gebracht. Die Gesetzesänderung soll also bloß der Abschreckung dienen - trotz der wissenschaftlich fundierten Erkenntnis, dass Strafverschärfungen nicht abschreckend wirken.

§ 113 StGB ermöglicht es mit der Tatbestands-Formulierung "tätlich angreifen" schon jetzt, minimale Widerstandshandlungen wie das Wegdrehen oder Strampeln als strafbares Verhalten vor Gericht zu bringen. Dass dieses jetzt auch noch mit einer Strafe von mindestens 3 Monaten bis zu 5 Jahren belegt werden soll, ist vollkommen unverhältnismäßig. In der Regel erfolgen Anzeigen wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Folge einer Anzeige wegen Körperverletzung durch die Polizeibeamt_innen - wer von Polizeigewalt betroffen ist, sieht sich also stets einer pauschalen Gegenanzeige wegen Widerstands ausgesetzt. So führen nur 1,37% der Körperverletzungs-Anzeigen gegen Polizist_innen überhaupt zur Anklage. Viele Betroffene sehen daher schon jetzt von einer Anzeige gegen Beamt_innen ab.

Deshalb ist es dringend an der Zeit in allen Bundesländern eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle einzuführen, an die sich von Polizeigewalt Betroffene wenden können ohne eine Gegenanzeige zu riskieren und in der Gewissheit darum, dass den Beschwerden tatsächlich nachgegangen wird.

Die körperliche Unversehrtheit von allen Menschen ist zu schützen. Die Gesetzesänderung bewirkt aber nicht mehr Schutz von Polizeibeamt_innen, vielmehr ist sie ein Angriff auf die Zivilgesellschaft und die grundgesetzlich verbrieft Gleichbehandlung. Außerdem ist die Debatte ein erneuter Schlag ins Gesicht der Menschen, die sich immer wieder mit einer prügelnden Polizei konfrontiert sehen. Ein so hohes Strafmaß bei einer Vorschrift, die die Strafbarkeit einer Handlung schon so niedrig ansetzt wie es § 113 StGB tut, rückt Polizist_innen faktisch näher an die Immunität vor Konsequenzen für ihr eigenes Handeln. Je weniger Polizeigewalt zur Aufklärung kommt, desto schwächer die Demokratie!

Gutes Wetter. harte Zeiten – für den Feminismus fighten!

Der Flyer wird vorbehaltlich redaktioneller Änderungen als teil der Grundlagenflyerreihe des Bundesverbandes produziert

1. Aber Frauen sind doch schon gleichberechtigt...

Trotz der bisherigen Errungenschaften der feministischen Bewegung wie dem Wahlrecht, der gesetzlichen Gleichstellung der Frau und dem Recht auf Ausbildung und Studium herrscht weiterhin eine grundlegende gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen. So verdienen sie in Deutschland durchschnittlich noch immer 21% weniger als Männer. Mehr als 80 % der Teilzeitbeschäftigten und Zweidrittel der Minijobber*innen sind Frauen*. Alltagssexismus und sexualisierte Gewalt gegen Frauen, Lesben, Trans* und Inter*personen (FLT1*) sind weltweiter Normalzustand.

Täglich werden wir mit traditionellen Rollenbildern in den Medien und der Werbung konfrontiert. Frauen müssen süß, schlank und hübsch, aber bloß nicht laut sein und dürfen ja nicht zu viel Raum einnehmen. In technischen oder handwerklichen Berufen werden Frauen noch immer als Fremdkörper angesehen, während Männer mit Kuschhand genommen werden, wenn sie sich für den Beruf des Erziehers entscheiden.

Die gesellschaftliche Rechte propagiert momentan wieder verstärkt Antifeminismus und ein traditionalistisches Familienbild. Für AfD und Co. ist die (heterosexuelle) Kleinfamilie besonders schützenswert. Sie sehen es als Aufgabe der deutschen Frau deutsche Kinder zu gebären und hetzen gegen Gleichstellungsmaßnahmen und einen angeblichen „Gender-Wahn“. Dieses Familien- und Frauenbild ist sexistisch, rassistisch und homophob. Gleichzeitig gehen jährlich selbsternannte „Lebensschützer*innen“ auf die Straße, um gegen Schwangerschaftsabbrüche und sexuelle Selbstbestimmung zu protestieren.

2. „Das bisschen Haushalt...“

Gesetzliche Gleichstellung heißt also noch lange nicht gesellschaftliche Gleichberechtigung. Wir leben nach wie vor in einem Patriarchat, also in einem System, das von Männern beherrscht wird und diese bevorteilt.

Gleichstellungsmaßnahmen, die von der Politik ergriffen werden, sind oft nicht weitreichend genug. Die Frauenquote z.B. fördert ausschließlich bessergestellte und erfolgreiche „Karrierefrauen“, an den Lebensrealitäten von armen, prekarierten und häufig migrantischen Frauen ändert sie aber nichts. Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt systematisch benachteiligt, so werden Berufe, die eher von Frauen übernommen werden, wie z.B. Pflegeberufe als weniger wertvoll für die Gesellschaft angesehen und schlecht bezahlt. Neben der Lohnarbeit wird die mehrheitlich von Frauen unbezahlt geleistete Sorge- und Hausarbeit zu einer Doppelbelastung und bleibt gesellschaftlich unsichtbar. Wir bleiben nicht bei Forderungen nach Chancengleichheit stehen und streiten für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Im hier und jetzt unterstützen die Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und der Aufwertung frauen*dominierter Berufe. Es bedarf einer grundsätzlichen Umverteilung von Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern und einer Neuordnung der Gesamtheit all jener Arbeiten, welche wir als notwendig erachten. Beispiele für die Vergesellschaftung von Hausarbeit sind Forderungen nach öffentlichen Küchen und gesellschaftliche Organisierung von Kinderbetreuung.

Um Diskriminierung zu verstehen, müssen allerdings noch viele weitere Faktoren als das Geschlecht betrachtet werden. Der Begriff Intersektionalität bezeichnet die Verflechtung und das Zusammenwir-

ken von verschiedenen Formen von Diskriminierung, z.B. aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe oder sozialer Klasse. So erfährt beispielsweise eine schwarze und/oder arme Frau eine ganz andere und wahrscheinlich viel stärkere Form der Diskriminierung als eine weiße erfolgreiche Frau.

3. Dem Patriachat den Kampf ansagen!

Die Unterschiede zwischen Mann und Frau sind nicht natürlich, sondern das Produkt von Erziehung und Sozialisation. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der alle Menschen, egal welchen Geschlechts, selbstbestimmt leben können und dass Geschlecht als Kategorie abgeschafft wird. Es gibt nicht nur Männer und Frauen, sondern unendlich viele verschiedene Geschlechtsidentitäten. Hier und heute ist es jedoch notwendig, die gesellschaftlichen Geschlechter zu betrachten, um die Unterdrückung und Diskriminierung der als Frauen definierten Menschen sowie die Unterdrückung von Trans*- und Inter*personen sichtbar zu machen. Wir wollen nicht mehr darauf warten, dass sich die Verhältnisse von selbst verändern!

Deshalb tragen wir unsere konkreten Forderungen auf die Straße, z.B. beim jährlichen Frauen*-kampftag oder bei den Protesten gegen den „Marsch für das Leben“. Wir engagieren uns in feministischen Bündnissen und tragen durch Öffentlichkeitsarbeit feministische Debatten in die Gesellschaft. Unser Feminismus ist antirassistisch – Wir fordern ein Bleiberecht für Alle! Rassistische Hetze, antimuslimischer Rassismus und einschränkende Einwanderungspolitik dürfen nicht unter dem Deckmantel des Feminismus betrieben werden.

Kinderbetreuung muss für jede*n zugänglich und kostenlos sein. Jede*r soll ein Recht auf bezahlte Elternzeit haben.

Pflegeberufe müssen eine Aufwertung erfahren und besser bezahlt werden. Keine Kürzungen von öffentlichen Geldern im Pflegebereich! Unbezahlte (Haus-)Arbeit muss als das anerkannt werden was sie ist – Arbeit – und nicht als selbstverständliche und naturgegebene Aufgabe der Frauen.

Wir wollen, dass Schwangerschaftsabbrüche vollständig legalisiert werden – weg mit §218! Wir sind für ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und verurteilen die Stigmatisierung von Frauen* die abtreiben wollen!

Wir kämpfen gegen jede Homo- und Trans*feindlichkeit. Die Vorstellung, dass nur heterosexuelle Zweierbeziehungen ein Anrecht auf Familiengründung haben, lehnen wir entschieden ab. Eheprivilegien sollten abgeschafft werden, doch solange sie existieren müssen sie für alle zugänglich sein. Deshalb fordern wir die Ehe für alle!

Die staatliche Förderung von gut organisierten und ausgestatteten Frauenhäusern, Beratungsstellen und Notrufen muss ausgebaut und nicht gekürzt werden! Sexualisierte Gewalt muss konsequenter verfolgt werden!

„Nein, nein, das ist nicht der Kommunismus“ – Gegen Stalin, Mao und autoritäre Sozialismusvorstellungen

In der linkspolitischen Landschaft der Bundesrepublik erblickte vergangenen Jahres ein totgeglaubter Politzombie das Tageslicht: der Maoismus. Besonders zwei Gruppen erregten, sowohl in der bürgerlichen Presse als auch in der linken Szene, Aufmerksamkeit: Der Revolutionäre Aufbau und der sogenannte Jugendwiderstand. Diese beiden Gruppierungen stehen symptomatisch für die Renaissance autoritärer Sozialismusvorstellungen, welche für uns als emanzipatorische Linke ein Problem darstellen. Im Folgenden werden wir einige Einwände gegen die Ideologie der beiden Gruppen im Kontext der tatsächlichen Bewegungsgeschichte erheben um dann anschließend die für uns daraus hervorgehenden Einwände und Schlüsse für unseren Verband festzulegen.

Stalinismus

Mit der Machtübernahme Stalins wurde den progressiven Momenten der Oktoberrevolution ein jähes Ende bereitet. Die Sowjetunion entwickelte sich zu einer totalitären Diktatur. Der stalinistische Terror gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner_innen Stalins richtete sich dabei gegen die Bevölkerung: Trotzist_innen, ausländische Kommunist_innen die vor Verfolgung geflohen waren, Großbauern und willkürlich als solche deklarierte, Geistliche und ethnische Minderheiten wurden verhaftet, in Schau- und Geheimprozessen zu Zwangsarbeit verurteilt oder hingerichtet, Millionen Sowjetbürger_innen in Gulags deportiert. Viele wurden dort getötet oder kamen durch die unmenschlichen Bedingungen ums Leben.

Die vorher errungenen Erfolge der Frauen- und Homosexuellenemanzipation verkehrten sich in ihr Gegenteil: Ab 1933/34 galten homosexuelle Handlungen nach Paragraph 154a StGB der RSFSR als eine Straftat. Homosexuelle wurden seither wieder in der Sowjetunion verfolgt, weibliche Homosexualität wurde gar als Persönlichkeitsstörung eingestuft. Ebenso wurden in diesem Zuge 1934 Abtreibungen in der Sowjetunion illegalisiert.

Stalinismus steht somit konträr zu den Idealen des Pluralismus und von individueller Freiheit und Selbstbestimmung. So wurde die Welt Zeuge, wie während der Moskauer Prozesse die Opfer derselben als willige Helfershelfer_innen agierten und in ihren „Geständnissen“ die freien Erfindungen der Staatsanwaltschaft tendenziell überboten. Das Argument dem sich alle beugten lautete: „Wenn du wirklich [...] für die Sowjetregierung bist, dann kannst du es augenblicklich nur dadurch beweisen, dass du die Geständnisse ablegst, die die Regierung von dir verlangt, weil sie in diesem Zeitpunkt solche Geständnisse braucht.“¹

Maoismus

Die Volksrepublik China war während der gesamten rund dreißigjährigen Herrschaft Mao Tse-tungs ein wirtschaftlich ineffizientes, von politischen Verfolgungen gezeichnetes und bis 1972 außenpolitisch weitgehend isoliertes Land.

Dennoch sollte man, wird über den Maoismus geredet, nicht verschweigen, dass er aus der spezifischen historischen Situation entsprang, sich gegen die rechten Antikommunist_innen der Kuomintang zu stellen. Diese Errungenschaft (Gewinnen des Chinesischen Bürgerkriegs) wollen wir ihm nicht absprechen. Was uns jedoch als augenfällig notwendig erscheint, ist die Betonung, Kritik und Ablehnung der menschenverachtenden und kompromisslosen Härte, mit der gegen vermeintliche Gegner_innen vorgegangen wurde. Auch muss festgehalten werden, dass die Modernisierung des Landes im Zuge des „Großen Sprung nach Vorn“ mehrere Millionen verhungerte Landarbeiter_innen

zur Folge hatte. Als die Nachricht von den Hungersnöten in Peking ankam, kommentierte Mao dies wie folgt: „Wenn es nicht genug zu essen gibt, verhungern die Menschen. Es ist besser, die Hälfte der Menschen sterben zu lassen, damit die andere Hälfte genug zu essen hat.“²

Auch an folgendem Beispiel lässt sich der maoistische Irrsinn gut skizzieren: Um die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, wurde die „Große Spatzenkampagne“ ausgerufen. Im Zuge dieser wurden circa zwei Millionen Vögel getötet. Als nach diesem rapiden Populationsrückgang China von Insektenplagen heimgesucht wurde³, importierte man kurzerhand Vögel aus der Sowjetunion.

Der gelebte Antiintellektualismus während der sogenannten „Kulturrevolution“ liegt uns als emanzipatorischen Linken in besonderem Maße fern. Im Zuge dieser schwänzten die Jugendlichen Schulen und Universitäten, schlossen sich zu Roten Garden zusammen, töteten und misshandelten zahlreiche Menschen – insbesondere Menschen mit Bildung (Lehrer_innen, Ärzt_innen, Künstler_innen, Geistliche, Parteikader_innen) –, zerstörten Kulturdenkmäler, Tempel, Bibliotheken und Museen und bekämpften sich sogar untereinander.

Wie lässt sich der Kampf um die Köpfe der Bevölkerung führen, wenn diese mit Kommunismus Gulag und Massensterben verbinden?

Sowohl der Revolutionäre Aufbau, als auch der Jugendwiderstand affirmieren offen die stalinistischen und maoistischen Schrecken. Auch Drohungen und tätliche Angriffe gegen andere Linke gehören zur politischen Praxis.

Mit Parolen und Losungen wie „Nur der Griff der Massen zum Gewehr, schafft den Sozialismus her!“, „Kommunismus ist nicht Liebe. Kommunismus ist der Hammer, mit dem wir den Feind zerschlagen.“ (Mao) und „Wir wollen mit unserer Kultur Krieger erziehen und nicht einen Haufen verballerter Junkies, die am nächsten Morgen auf der Demonstration kaum grade stehen können, falls sie überhaupt erscheinen.“ stehen sie in der Tradition des maoistischen Konzepts vom Volkskrieg. Dieses Konzept halten wir nicht nur darum für problematisch, weil es eine apokalyptische Endschlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat heraufbeschwört, sondern auch deshalb weil uns die Vorstellung der bewaffneten Masse in Hinblick auf die Vergangenheit gruselt.

Als linker Jugendverbandes halten wir nichts davon zum Töten unserer Gegner_innen und zur Gewalt gegen andere Linke aufzurufen. Vielmehr sehen wir unsere Aufgabe in der Befähigung der Menschen durch Bildung im Sinne eines marx'schen Humanismus in einen wahrhaft menschlichen Zustand – in dem „alle Verhältnisse [umgeworfen sind], in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“^[4] - hinüberzutreten, in welchem als gesellschaftlicher Grundsatz gilt: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“⁵

Daher ergeben sich folgende Punkte für das politische Profil unseres Jugendverbandes:

1. Die Linksjugend [‘solid] distanziert sich von oben genannten stalinistischen und maoistischen Gruppen.
2. Die Linksjugend [‘solid] beschließt eine generelle Unvereinbarkeit mit stalinistischer und maoistischer Ideologie und bekräftigt ihren Abstand zu autoritären Sozialismusvorstellungen, da sie unseren Verbandsgrundsätzen (Pluralismus, Basisdemokratie, Selbstbestimmung, Antisexismus) entgegenstehen.

Fußnoten

1. Anton, Ciliga: The Russian Enigma, S.153. zit. nach: Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, S.661.

2. Alexander V. Pantsov/ Steven I. Levine: Mao. Die Biographie. Online: <https://books.google.de/books?id=C05tAgAAQ-BAJ&pg=PT589&lpg=PT589&dq#v=onepage&q&f=false> ; zuletzt überprüft am 07.04.2017.
3. „Ich erinnerte mich an einen Tag, an dem die ganze Bevölkerung nichts anderes machte, als mit Gongs und Töpfen und allen möglichen anderen zum Krachmachen geeigneten Gegenständen auf den Straßen und in den Höfen herumzulaufen, um die Spatzen aufzuschrecken. Den ganzen Tag war so laut geschneppert worden, dass die Vögel sich nirgends niederlassen konnten und schließlich tot vom Himmel fielen. An jenem Tag wurden Millionen von Vögeln getötet, und wir waren alle ganz stolz darauf gewesen. War es nicht fantastisch, wie es Mao Zedong gelang, die gesamte Bevölkerung für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren? Erst später erfuhren wir, dass die Vögel, die in der Stadt lebten, immer in der Stadt blieben und deshalb gar keinen Schaden auf den Feldern anrichten konnten. Im Gegenteil: Da nicht nur die körnerfressenden Spatzen von der Aktion betroffen waren, hatten wir anschließend eine Insektenplage erlebt.“ (Yu-Chien Kuan: Mein Leben unter zwei Himmeln. S. 468)
4. Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In MEW Band 1, S.385.
5. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In MEW Band 19, S.21.

Nicht in unserem Namen – gegen die Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts

Wir fordern von unserem Spitzenpersonal ein, sich an unser Parteiprogramm zu halten. Ob es Sahra Wagenknecht ist, die mit ihren Äußerungen zu Obergrenzen den Eindruck erweckt hat, wir würden offene Grenzen nur als Zukunftsprojekt sehen, Katja Kipping, die der Meinung zu sein scheint unsere Haltung zur NATO sei verhandelbar, die Brandenburger Landesregierung, die nicht einmal Abschiebungen nach Afghanistan effektiv verhindert, da in der Kommune weiterhin abgeschoben wird, die Entscheidung aus Brandenburg und Thüringen als Bundesländer mit LINKE-Beteiligung der Exzellenz-Initiative zuzustimmen entgegen der Beschlüsse unseres Studierendenverbandes oder Bodo Ramelow, der sich nicht gegen die Privatisierung von Autobahnen im Bundesrat eingesetzt hat. Wir halten es für elementar, dass LINKE Politiker*innen nicht den Eindruck erwecken, sie stünden über den Beschlüssen unserer Parteitage. Grundsätze wie unsere Antikriegshaltung oder unser Bekenntnis zu offenen Grenzen sind für uns nicht verhandelbar. Unser Einsatz vor Ort darf nicht durch Handlungen der eigenen Landesregierung oder Einlassungen unseres Spitzenpersonals konterkariert werden.

Die Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts für die Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017 wird von der Linksjugend[´solid] als ihr nahestehendem Jugendverband nicht unterstützt. Das bedeutet konkret:

- Der X. Bundeskongress der Linksjugend[´solid] beschließt nachfolgenden Text unter der Überschrift „Nicht in unserem Namen – gegen die Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts“ als Positionierung und veröffentlicht ihn im Anschluss bis spätestens zum 25.04.17 gegenüber der Presse.
- Die Bundesparteitagsdelegierten der Linksjugend[´solid] verlesen im Namen des Bundeskongresses und des Bundesverbandes der Linksjugend[´solid]selbigen Text auf der 2. Tagung des 5. Bundesparteitags am 09.06.17. und beantragen, diesen Text als Positionierung des Bundesparteitags zu beschließen.

Positionierungstext für Beschluss und Veröffentlichung:

„Nicht in unserem Namen – gegen die Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts“

Es gibt viele, wirklich viele gute Gründe für eine starke linke Fraktion im Bundestag. Die Erfolge und äußerst wertvollen angefangenen Projekte und Kooperationen der Fraktion und/oder einzelner Abgeordneter bisheriger Legislaturen und die Hoffnung auf deren stabile Fortsetzung lassen auf ein möglichst gutes Ergebnis für DIE LINKE bei der nächsten Bundestagswahl hoffen. Darin sind wir uns, Genoss*innen, sicherlich einig. Worin wir uns scheinbar zumindest mit dem Bundesvorstand der Partei nicht einig sind, ist, welchen Preis wir dafür bereit sind zu zahlen. Es scheint die Überzeugung zu geben, dass mit einer Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts mit ein paar Prozent mehr gerechnet werden kann, dabei ignoriert sie direkt und eklatant nicht nur Wahlkampfkonzepte, sondern auch Programme und inhaltliche Positionen unserer Partei.

Die Gründe gegen eine Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts sind zahlreich, wir begnügen uns mit einer Auflistung der wichtigsten:

- Wir fragen uns ernsthaft, ob es nur uns aufgefallen ist, aber Sahra Wagenknecht handelt undemokratisch, wenn sie sich sowohl über die Beschlusslage der Partei als auch der Fraktion hinwegsetzt und frei erfundene Bedingungen an die im Wahlprogramm geforderte Öffnung von Grenzen stellt. Die Partei DIE LINKE und damit auch Sahra Wagenknecht selbst wurden aber überhaupt nur gewählt, um diese und die vielen anderen Positionen umzusetzen oder wenigstens öffentlich zu vertreten, die Sahra Wagenknecht jetzt über Bord wirft. Wie sie das statt zum sofortigen Rücktritt zur neuen Spitzenkandidatin qualifizieren kann, ist absolut unerklärlich und ungeheuerlich.
- Es gilt ferner, mit einem fatalen Irrglauben aufzuräumen: Sie wird keine Wähler*innen gewinnen, denn wer uns für jene Inhalte gewählt hat, die Sahra Wagenknecht aufgibt, wird sich nach einem Bekenntnis zu diesem Kurswechsel eine neue politische Heimat suchen müssen. Wer dagegen Abschiebungen mit menschlichem Antlitz und soziale Rhetorik mit nationalem Kern möchte, wird sich (wie schon seit Jahren) bei SPD und GRÜNEN besser aufgehoben fühlen. Wer menschenverachtenden Nationalismus möchte, wird sich an die AfD oder die CSU wenden. Allein DIE LINKE könnte als glaubwürdige Alternative zum Mainstream der Abschiebe- und Abschottungsparteien wahrgenommen werden und damit eine Existenzberechtigung auf dem Stimmzettel haben. Das geht aber nur ohne Sahra Wagenknecht, denn auch der Parteifrieden ist nicht zu retten, indem das Steuer einfach an Sahra Wagenknecht übergeben wird. Wir werden nicht nur engagierte Genoss*innen und Wahlkämpfer*innen verlieren, sondern auch die Glaubwürdigkeit bei denjenigen, die sich antifaschistisch und antirassistisch engagieren, die unsere Sympathisant*innen, Bündnispartner*innen und konstruktive Kritiker*innen oder gar unsere künftigen Mitglieder sind oder sein könnten.
- Es sollte wirklich nicht nötig sein, darauf hinzuweisen, aber Sahra Wagenknecht liegt zunächst ganz einfach inhaltlich falsch, wenn sie das Asylrecht als unteilbares Menschenrecht, das unabhängig von Herkunft und eventueller Straffälligkeit jeder*m zusteht, zu einem Gastrecht umformuliert, um es damit zu degradieren und ein Rechtssystem für Menschen erster und zweiter Klasse aufzumachen. Wir müssen an ihrer Humanität und ihrem Urteilsvermögen zweifeln, wenn sie die Unterbringung in Flüchtlingslagern in Krisenregionen als bessere und billigere Alternative zur Integration in eine nicht von Krieg zerrüttete Gesellschaft darstellt. Verachtungswürdig ist es, wenn sie Reichtum zur Bedingung für offene Grenzen macht, wie im gemeinsamen Interview mit Frauke Petry. Sie liegt schon da inhaltlich falsch, wo sie eine Diskussionsgrundlage mit AfD-Rassist*innen sieht und sich ohne Not zum Teil eines Diskurses macht, in dem Rassismus akzeptiert wird. Diese Haltung hat bereits jetzt reale politische Folgen, denn dass es bis heute kein Konzept für eine LINKE Einwanderungsgesetzgebung gibt, die eine Alternative zur nationalistischen Abschottung und zum neoliberalen Aussieben bieten könnte, dass es keine Bundestagsfraktion mehr gibt, die öffentlichkeitswirksam die Probleme von Geflüchteten und nicht Geflüchtete als Problem bespricht, ist auch und gerade die Verantwortung der Fraktionsvorsitzenden.

Wir appellieren daher eindringlich an all jene, die in der Fraktion, im Parteivorstand, in den Landesvorständen und als Delegierte auf dem Bundesparteitag mit dieser Frage befasst sind oder noch sein werden, sich nicht mit dieser Spitzenkandidatin abzufinden, sondern um eine echte politische Alternative zu kämpfen und sich entsprechend öffentlich und unmissverständlich gegen ein Bekenntnis zu Sahra Wagenknecht, zu ihrem Politikstil und zu ihren Inhalten zu stellen.

Kommen wir abschließend zurück zur unterschiedlichen Einschätzung, die wir und der Parteivorstand bezüglich dessen, was für eine Bundestagswahl nötig sei und was wir dafür bereit sein müssten, zu opfern, offenkundig haben.

Zum einen teilen wir, wie gesagt, die Einschätzung ihres Einflusses auf den Wahlerfolg nicht – im Gegenteil: Mit jedem ihrer Fernsehauftritte, Zeitungsinterviews und Kommentare, die wir zulassen, unterstützen wir diese Person und damit stillschweigend ihre Positionen in der Frage der Flüchtlingspolitik Deutschlands. Damit verlieren wir Wähler*innen in dem konsequent antirassistischen und humanistischen Spektrum, das uns aktuell besonders wichtig sein sollte und vor allem – und das sei in aller Deutlichkeit hervorgehoben – verlieren wir dadurch an Glaubwürdigkeit! Das ist bei weitem tragischer und wird uns langfristig zu recht mächtig auf die Füße fallen.

Zum anderen ist ein derart instrumentelles Verhältnis zu unseren Inhalten, Forderungen und Überzeugungen sowie zu Politik und Parlamentarismus im Allgemeinen schlichtweg nicht akzeptabel, selbst wenn von der Spitzenkandidatur Sahra Wagenknechts tatsächlich ein paar Prozentpunkte abhängen sollten – und allein bei dem Gedanken daran, woher diese vermeintlich angepriesenen Prozente kommen sollen, wird uns schlecht. Wenn dieses Parlament, das Parteiensystem und die Mehrheitsgesellschaft derart weit nach rechts gerückt sein sollten, dass Positionen, wie die von Sahra Wagenknecht gebraucht werden, um Stimmen zu bekommen, dann ist es offenbar notwendig, eine klare Grenze zwischen sich und dieser Mehrheitsgesellschaft zu ziehen und dann könnte auch keine Linksfraktion im Bundestag noch ernsthaft etwas gegen Rassismus, Nationalismus und Sozialchauvinismus ausrichten.

Nein, wir sind auch für ein möglicherweise besseres Wahlergebnis der LINKEN bei den Bundestagswahlen nicht bereit, eine solche Spitzenkandidatur und Fraktionsspitze in Kauf zu nehmen. Wir wollen und werden unsere Positionen für unteilbare Menschenrechte, für Solidarität und Internationalismus nicht aus falsch verstandenem Pragmatismus oder Pflichtgefühl verkaufen – denn kein Mensch ist illegal, kein Mensch ist „Gast“ und kein Mensch bringt uns an irgendwelche „objektiven Kapazitätsgrenzen“!

Für eine demokratische, geheime Wahl der Spitzenkandidat*innen auf dem Bundesparteitag

Die Bundesparteitagsdelegierten der Linksjugend solid setzen sich auf dem kommenden bzw. auf den folgenden Bundesparteitag dafür ein, dass die Wahlordnung der Partei der Linken dahingehend geändert wird, dass die Wahl der Spitzenkandidat*innen künftig demokratisch geschieht.



Kostenfreie Verhütungsmittel für Alle!

Verhütung ist Teil der Selbstbestimmung aller Menschen. Die linksjugend [‘solid] setzt sich deshalb für kostenfreie Verhütung für alle Menschen und damit die komplette Übernahme der Kosten durch Krankenkassen bzw. die Aufnahme sämtlicher Verhütungsmethoden in den Leistungskatalog der Krankenkassen ein und nimmt diesen Punkt als Forderung in ihre Programmatik (z.B. zur Bundestagswahl 2017) auf.

Die Linksjugend [‘solid] fordert, dass Damenhygieneprodukte ebenfalls kostenlos sein müssen. Sie setzt sich dafür ein, dass Damenhygieneprodukte unbürokratisch und kostenlos abgegeben werden. Dies kann beispielsweise in Arztpraxen, Apotheken oder anderen geeigneten Abgabestellen geschehen. Die Kosten hierfür sollen staatlich übernommen werden, ohne dass sie über eine Krankenkassenkarte o.ä. abgerechnet werden müssen. Auch dies wird in die Programmatik einbezogen. Außerdem macht die Linksjugend [‘solid] auf den Missstand aufmerksam, dass Damenhygieneprodukte derzeit mit 19% als Luxusartikel besteuert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Die LINKE diese Punkte in das Bundestagswahlprogramm 2017 aufnimmt.

Für einen Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE

Als linksjugend [solid] sprechen wir uns für einen Mitgliederentscheid in der Partei DIE LINKE zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) aus. Dieser soll bestenfalls bis spätestens zum Ende dieses Jahrzehnts stattfinden und klären, ob sich die Mitglieder der und damit die Partei DIE LINKE grundsätzlich für oder gegen ein emanzipatorisches, bedingungsloses Grundeinkommen aussprechen und ob ein solches in die Programmatik der Partei aufgenommen werden soll.

Wir werden Initiativen, die sich für einen solchen Mitgliederentscheid aussprechen, unterstützen. Daraus folgt:

1. Wir bitten unsere Vertreter*innen und Delegierten in den Strukturen der Partei DIE LINKE, entsprechende Anträge zu unterstützen.
2. Im Falle eines Mitgliederentscheids durch Unterschriftensammlung werden wir den Aufruf zur Beteiligung an einer solchen über unseren Mailverteiler, Twitteraccount und Facebookseite verbreiten.
3. Im Falle eines Mitgliederentscheids werden wir die Debatte im Jugendverband neu anstoßen und auch auf einem der nächsten Bundeskongresse intensiv diskutieren, wobei wir sowohl Befürworter*innen als auch Gegner*innen eines BGE ausreichend viele Wortmeldungen ermöglichen wollen.

Dieser Beschluss versteht sich nicht als eine Positionierung des Jugendverbandes in der inhaltlichen Frage, ob man für oder gegen ein BGE ist, sondern fokussiert ausschließlich darauf, dass diese Frage in einem basisdemokratischen Mitgliederentscheid beantwortet werden soll.



Gegen die Regierungsbeteiligung. für den Kommunismus!

Es ist mal wieder ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl und wie jedes Mal wird über eine Beteiligung an einer rot-rot-grünen Bundesregierung geredet. Für uns ist klar eine Regierungsbeteiligung, um der Regierungsbeteiligung Willen, darf es nicht geben. Eine linke Regierungsbeteiligung muss sich daran messen lassen, ob sie uns näher an den Sozialismus bringt oder uns von ihm entfernt. Wir wollen anhand der inhaltlichen Fallstricke, der potentiellen Koalitionspartner*innen und der strategischen Situation festmachen, ob wir eine Regierungsbeteiligung für sinnvoll halten.

I. Inhalte

Soziale Frage

Seit der Einführung durch die Rot-Grüne Regierung ist Hartz IV zum Synonym für Armut geworden. In allen Bundestagsparteien (außer der LINKEN) herrscht Einigkeit: Hartz IV ist ein notwendiges System für den Arbeitsmarkt und gut so wie es ist. Dabei ist die Höhe der für viele überlebensnotwendigen Zahlungen ein schlechter Witz und wehe man mach bei dem Zirkus nicht mit, dann drohen brutale Konsequenzen, bis hin zur Streichung eben dieses Geldes. Und immer mehr Menschen sind von Hartz IV abhängig, Zeit- und Leiharbeitsverträge, Teilzeit und Niedriglöhne reichen für viele nicht zum Leben aus, jedes vierte Kind muss mittlerweile von Hartz IV leben. Dabei war der von der GroKo eingeführte Mindestlohn eine Mogelpackung mit zig Ausnahmen. Die Ausnahmen gelten gerade für die, die durch den Mindestlohn geschützt werden müssten. Unsere Konsequenz bleibt radikal. Hartz IV als System muss abgeschafft werden, der Mindestlohn muss substantiell angehoben werden. Eine 30 Stundenwoche darf keine Utopie sein. Zeit-, Werk- und Leihverträge müssen abgeschafft werden und Union Busting – das Behindern gewerkschaftlicher Arbeit – verboten werden.

Flucht

Mit den großen Fluchtbewegungen der letzten 10 Jahre, die sich 2015 verschärft haben, holte den Westen die Politik ein die sie seit Jahren in der Welt betrieben haben. Beteiligung an Kampfeinsätzen, Verkauf von Waffen und Waffensystemen in Krisenregionen und systematische Ausbeutung des globalen Südens waren die maßgeblichen Fluchtursachen. Nach einer langen, beschwerlichen und gefährlichen Reise, einmal angekommen mussten viele Refugees feststellen dass sie nicht einmal hier sicher und Menschen sein können. Vom Spießrutenlauf an den Außengrenzen der Festung Europa bis hin zu menschenunwürdigen Massenunterkünften, dem Gang zu Behörden und dem Kampf um Anerkennung der eigenen Situation können viele ein trauriges Lied singen. Genau wie bei der Versorgung und Unterbringung der Refugees hat die Bundesregierung bei der Integration der Menschen in Deutschland versagt. Viele Helfer*inneninitiativen mussten auf eigene Faust die Menschen so gut es ihnen möglich war willkommen heißen. Gerade bei der Geflüchtetenfrage müssen wir entschieden sein. Nein zu allen Abschiebungen, Bleiberecht für alle, keine rechtlichen Diskriminierungen von Refugees, Ausbau einer ernst gemeinten Entwicklungsarbeit, Stopp aller Waffenexporte und Auslandseinsätze.

Friedensfrage

Eine der grundlegenden Fragen linker Politik ist die Frage nach Frieden. Sie ist unmittelbar mit der sozialen Frage, Antikapitalismus und der Zerstörung der Lebensgrundlagen im globalen Süden verbun-

den. Der Kapitalismus in seiner Logik, lebt vom Krieg und seiner Verbreitung. In den letzten Jahren konnten wir die Auswirkungen mal wieder deutlich sehen. Zwar haben die Konflikte weltweit abgenommen, jedoch ihre Qualität und Bedeutung hat immer weiter zugenommen. Gerade die Konflikte der letzten Jahre zeigen das sehr deutlich. Syrien wurde zum blutigen Schauplatz des Kampfes des Westens gegen den Osten und ihrer jeweiligen Verbündeten um die Vorherrschaft im Nahen-Osten. Die Ukraine wurde ebenfalls zum Stellvertreterkrieg der Großmächte um Märkte und Ressourcen. Und Deutschland ist ganz vorne mit dabei. Durch die Mitgliedschaft in der NATO und der EUFOR beteiligt sich Deutschland weltweit an Kämpfen und Einsätzen zur Sicherung eigener wirtschaftlicher Interessen. Ob an der Küste von Somalia oder der russischen Westgrenze. Und das lässt sich die Bundesregierung teuer kosten 35-40 Milliarden Euro beträgt der jährliche Wehretat und wenn es nach dem Willen der NATO und der CDU/CSU geht, dann soll Deutschland die 2% des BIP als Mitgliedsbeitrag einhalten. Dies würde praktisch bedeuten, dass der Etat auf 65-70 Milliarden Euro fasst verdoppelt wird. Doch das ist nicht alles. Die neue Bundeswehr der Ursula von der Leyen schmeißt jährlich Millionen von Steuergeldern in die Werbung für Nachwuchs für die neue Interventionstruppe. Für uns heißt die Konsequenz daraus die Ablehnung dieser kapitalistischen Kriegspolitik und damit verbunden die Austritt aus der NATO und EUFOR sowie jeglicher Einsätze der Bundeswehr im Ausland.

Solange für eine solche Politik keine Regierungsmehrheit möglich ist, sehen wir den Platz der LINKEN in der parlamentarischen Opposition und unsere KoalitionspartnerInnen in der sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften. Das bedeutet nicht, dass wir eine Politik des Nein-Sagens und der Fundamentalopposition vertreten oder nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Wir verstehen, dass viele Menschen sich von einem rot-rot-grünen Regierungswechsel eine sozialere Politik erhoffen. An der LINKEN wird eine sozialere Politik nicht scheitern, wenn SPD und Grüne sie tatsächlich umsetzen wollen. DIE LINKE sollte bereit sein, einen Beitrag zu leisten CDU/CSU-geführte Regierungen abzuwählen und rot-grünen Regierungen so ins Amt zu verhelfen. Sie sollte außerdem Zustimmung zu jedem Gesetzesentwurf garantieren, der die Lebenssituation der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, sozial Benachteiligten, RentnerInnen oder Jugendlichen verbessert. Zustimmung zu Sozialabbau, Streichung von Stellen im öffentlichen Dienst, Privatisierungen, Aufrüstung, Diskriminierung von MigrantInnen und anderen Menschen, einer militaristischen Außenpolitik etc. soll es mit ihr aber nicht geben. Deshalb kann sie keiner SPD-Grünen-Regierung einen Blankoscheck ausfüllen, indem sie ihr als Koalitionspartner beitreten oder sie per Tolerierungsvertrag unterstützt. Sie sollte im Parlament eine Politik der Einzelfallentscheidung umsetzen und je nach Inhalt der Gesetzesinitiativen entscheiden. Soziale und fortschrittliche Gesetze sind mit ihr durchzusetzen, für arbeitnehmerfeindliche Gesetze, Krieg und Sozialabbau müssten SPD und Grüne sich dann die Mehrheiten bei CDU/CSU suchen.

II. Regierungspartnerinnen

SPD

Trotz aller Absichtsbekundungen seit der Schröder-Regierung hat die SPD in den vergangenen Jahren bei den Koalitionen mit der CDU wenig von ihrem Versprechen umgesetzt, die Agenda-Politik abzuschaffen oder abzumildern. Der Mindestlohn entlarvte sich als Mogelpackung und auch ihre Absicht sich für eine friedlichere Welt einzusetzen ging gründlich daneben. Dies sind nur einige der vielen nicht eingehaltenen Versprechen, die die SPD bereits seit Jahren wie ein Mantra aufsagt und

sich gleichzeitig wundert, warum es den Menschen in Deutschland immer schlechter geht, um ihnen anschließend noch mehr zu versprechen. Die SPD wird seit Jahren von einer Machtclique beherrscht die nicht im geringsten die Absicht hat die von Schröder eingeführte Politik zu ändern. Eben diese Clique wird es sein, die die SPD in den Wahlkampf führen wird und nach dem Wahlkampf in die Koalitionsverhandlungen – zu diesem rechten Flügel gehört auch Martin Schulz.

Wenn man von den bestimmenden Leuten in der SPD spricht, spricht man vom Seeheimer Kreis und damit dem „rechten Flügel“ der SPD. Nato-Doppel-Beschluss, Agenda 2010 und die Neuausrichtung der SPD auf den neoliberalen Kurs sind nur einige Projekte, die der Seeheimer Kreis in seiner Existenz verwirklicht hat. Es war die Institution in der SPD, die die SPD von der klassenbewussten Rhetorik der alten Sozial-Demokratie, zur Rhetorik der gesellschaftlichen Einigkeit, Chancengleichheit und Eigenverantwortung und damit zum Neoliberalismus geführt hatte. Auch heute steht die SPD unter der Führung des Kreises in „Regierungsverantwortung“, wie sie es auf ihrer eigenen Webseite darstellen. Es ist aber nicht nur die Regierung, die für unsere Betrachtung wichtig ist, es ist die Partei selbst und damit natürlich ihre höchsten Gremien. Seit 1998 war die SPD mit einer Unterbrechung von vier Jahren an der Regierung. Fast 15 Jahre lang hat sie die Politik Deutschlands mitdiktiert und die Weichen für all die Probleme gegen die wir kämpfen gesetzt. Agenda 2010, Kosovo, Afghanistan, die mehr schlechte als rechte Gesundheitsreform und die Kürzung der Renten... die Liste könnte noch so weiter gehen. Über weite Strecken des bereits begonnen Wahlkampfes hatte die SPD bekräftigt an der Agenda 2010 fest halten zu wollen, das Militär stabil halten zu wollen und das Thema Refugees hatte sie bisher galant umschifft.

Die Grünen

Die Grüne Partei, einst die Erben der 68er Bewegung, befinden sich im historischen Prozess einer zweiten wende nach Rechts. Grundsteine dafür wurden bereits in der Rot-Grünen Regierungskoalition gelegt. Mit dem gesellschaftlichen Aufstieg der ehemaligen Revoluzzer*innen veränderte sich auch die Partei und vermeintliche Sachzwänge einer Regierung wurden zu ihrer Handlungsgrundlage. Eine Bewegung, die als Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit gestartet ist musste schnell feststellen, dass Grundsatzpositionen schnell über Bord gehen können, wenn der Druck des Regierens zu groß wird. Unter genau diesen Umständen wurden die Agenda 2010 und der Kosovo- und, später auch, der Afghanistaneinsatz beschlossen. Die Kernkompetenz des Natur- und Umweltschutzes haben sich die Grünen zwar behalten, sonst wären sie noch denkbar schneller von der politischen Bildfläche verschwunden, jedoch haben sie den ursprünglichen Gedanken des Kampfes gegen Naturschädigung, Ausbeutung der Ressourcen und damit auch der Menschen vom antikapitalistischen Grundgedanken entkoppelt und lediglich zu einer Wachstumsfrage gemacht.

In den Jahren nach der Regierung versuchten sich die Grünen zu sammeln, um nach den Veränderungen die sie einholten herauszufinden wer sie den nun wirklich sind. Regierungs- oder Oppositionspartei, Friedens- oder Kriegspartei, liberal oder neoliberal, links oder bürgerliche Mitte. Dafür hatten sie lange Zeit, Zeit in der die Grünen sich in den Ländern in Regierung und Opposition üben konnten, in der sie im Bundestag Opposition sein konnten und die Zeit in der sie all die Fragen beantworten konnte die so dringlich an standen. Seit der historischen Niederlage der FDP bei der Bundestagswahl 2013 wurde eine bestimmte Nische des politischen Spektrums frei, um die Teile der Grünen nicht nur gekämpft hatten, sondern die ihnen auf den Leib geschneidert war. Die Nische der reichen, (bildungs)bürgerlichen, moralistischen Liberalen. Und so begann wieder der alte Kampf der Realos gegen die Fundis, es ging um nichts geringeres als die Zukunft der Partei – die Realos aber haben gewonnen.

Nichts zeigt diese Entwicklung besser als die Manifestation der gutbetuchten, elitären und neoliberalen Bürgers als das Spitzenduo der Grünen. Katrin Göring-Eckard hatte sich bereits 2013 an die Spitze des Wahlkampfes 2013 gesetzt und ihn geführt. Lustlos, mit Themen die, die Menschen in diesem Land nicht bewegen, fern ab der Realität in diesem Land; eher entsprechend der Realität ihres Milieus. Da ist Cem Özdemir nicht anders. Mit Inbrunst beschwört der Spitzenkandidat einen Republikanischen Geist und appelliert an die Wichtigkeit unserer gemeinsamen liberalen Werte. Für wen sie gelten dürfte wohl klar sein. So ist auch die Themensetzung der Grünen im Bundestagswahlkampf fern dessen was gesellschaftlich relevant ist. Zwar sprechen die Grünen von sozialer Gerechtigkeit und Vermögenssteuern für Reiche, doch das kauft ihnen niemand ab. Nicht mit diesen Spitzen, nicht nach dieser Entwicklung.

III. Strategischer Rahmen

Regierungsbeteiligung, eine Einladung in den Abgrund

Die Bilanz linker Regierungsbeteiligungen in Europa seit 1974 fiel verheerend aus. Nicht nur haben die linken Parteien es nicht geschafft substantielle Verbesserungen herbeizuführen, sie haben durch ihre Beteiligung an den Regierungen die Situationen teilweise sogar verschlimmert. Die Geschichte linker Regierungsbeteiligungen sind gepflastert mit Kürzungen an den falschen Stellen und Auslandseinsätzen der jeweiligen Armeen – auch linke passen sich in Regierungen zu oft vermeintlichen Sachzwängen an. Der Neoliberalismus trägt eine stahlharte Logik in sich und diese kann nicht durchbrochen werden mit Partnern die diese nicht nur als ihre eigene anerkennen sondern auch befördern.

Wir dürfen uns nicht von vermeintliche Heilversprechen beirren lassen und stattdessen nüchtern die bisherigen Regierungserfahrungen analysieren.

Veränderung durch Bewegung

Wir müssen erkennen dass die Linke eine Bewegung braucht, die Kämpfe bereit ist auszutragen. Wir machen uns über unsere Erfolge auf der Straße in den letzten Jahren sicherlich keine Illusionen, sie waren entsprechend der Kräfteverhältnisse bescheiden, aber wir hatten immerhin Erfolge: Den Mindestlohn, keine offene Beteiligung am Irakkrieg, Aufschübe bei TTIP und CETA, eine Abschaffung der Studiengebühren oder eine zwischenzeitliche Lockerung der Residenzpflicht. Von der Arbeitslosen- bis zur Flüchtlings- von der Friedens- bis zur Umwelt- und Antiglobalisierungsbewegung müssen wir präsent sein und für eine bessere Welt kämpfen, das gilt nicht nur für uns als linksjugend [‘solid] sondern auch für die Partei DIE LINKE. Dafür wollen wir einstehen und kämpfen für eine ehrliche, authentische Partei die radikale Fragen stellt und sich der Antworten nicht scheut.

Wenn wir die Fakten nüchtern betrachten, sehen wir, dass eine Regierung mit SPD und den Bündnisgrünen kein Schritt in die richtige Richtung ist. Mit dieser Regierung wird es keine entscheidend sozialere, friedlichere und humanere Politik geben und eine LINKE, die diese Positionen nicht jeden Tag klar und deutlich vertritt, ist zum Scheitern verurteilt. Statt den bequemen Regierungssesseln wählen wir die Straße und die Kämpfe als den Weg zur Veränderung!

Vergessene Verantwortung

Wenn die Bundeskanzlerin nach Israel reist, erwähnt sie immer, dass die Bundesrepublik Deutschland gegenüber Jüdinnen und Juden eine historische Verantwortung hat. Häufig wird dieses notwendige Gedenken als Beleg für die gute Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit angeführt.

Es ist richtig und notwendig, dem grausamen Massenmord an Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Lesben und Schwulen, Kommunistinnen und Kommunisten und vielen anderen durch die faschistische Herrschaft in Deutschland zu gedenken und vor allem auch die Ursachen für dieses grausame Verbrechen niemals zu vergessen.

Aber die deutsche Regierung scheint ein sehr lückenhaftes Gedächtnis zu haben, wenn es um die Verbrechen des Naziregimes geht. Aus den Geschichtsbüchern radiert wurde die Mitverantwortung deutscher Banken und Konzerne. Und den Holocaust haben auch nicht nur Jüdinnen und Juden erlebt, sondern auch andere Gruppen, die nicht an die Denkweise der NS-Diktatur passten. Unter ihnen waren auch Sinti und Roma.

Sie leben seit 600 Jahren in Deutschland und im Holocaust wurden ca. eine Million Sinti und Roma ermordet und heute werden sie auch noch diskriminiert. Bisher gab es keine Entschädigung gegenüber Sinti und Roma. Sinti und Roma sind mit 4 Millionen größte Minderheit in Europa, die keinen eigenen Staat haben. Viele der Flüchtlinge aus der ehemaligen Ostblock-Staaten sind Sinti und Roma und ihre Asylanträge in der Bundesrepublik werden auch abgelehnt und dann werden sie in die Länder geschoben, wo sie immernoch diskriminiert und u.a. auch ermordet werden. Deutschland begeht weiter einen grausamen Mord an Sinti und Roma. Dieses mal indirekt.

Die Bundesregierung muss sich an ihre historische Verantwortung halten, die Sinti und Roma entschädigen und in Schulen über das Thema mehr aufklären. Es ist skandalös, dass man das Wort „Zigeuner“ immer noch verwendet. Vor ca. 4 Jahren gab es sogar ein NPD-Wahlplakat mit dem Text „Geld für die Oma, statt für Sinti und Roma“. Die Gerichte sahen in diesem Plakat keine Herabsetzung oder Aufstachelung zu Hass!

Das zeigt deutlich den weiter bestehenden Rassismus der deutschen Regierung und ihrer Behörden. Wir als Linksjugend fordern weiter mit aller Nachdrücklichkeit, dass die Ermordung an Sinti und Roma nicht vergessen werden darf, und dass Schluss ist mit dem staatlichen Rassismus, der heute weiter herrscht. Deshalb wollen wir neben Entschädigungszahlungen für alle auch einen sofortigen Abschiebestopp für Sinti und Roma / in die Balkanstaaten in Bund und Ländern!

['solid] says: #notddz

Die Linksjugend [‘solid] ruft dazu auf, sich den Protesten gegen den “Tag der deutschen Zukunft” am 3.6.2017 in Karlsruhe anzuschließen. Mitglieder des Verbandes sind herzlich dazu eingeladen sich auch an den Protesten zu beteiligen.



Der Katholischen Kirche den feministischen und laizistischen Kampf ansagen!

Die katholische Kirche ist eine der größten Arbeitgeber*innen Deutschlands. Das katholische Arbeitsrecht besteht aus Diskriminierung, Eingriffen in das Privatleben (Sexualität und Eheverhältnis) und frauenfeindlichen und transfeindlichen Richtlinien. Die Kirchen können ihr Arbeitsrecht durch Grundgesetz-Artikel 140 selbst festlegen und dafür bekommen sie staatliche Zuschüsse.

Darüber hinaus lehnen die Kirchen Gewerkschaften, Streiks und Tarifverträge ab. Für die katholische Kirche sind Scheidung, Homosexualität, Transgender, Queer und andere Religionsausübungen ein Grund Menschen nicht einzustellen, zu kündigen und institutionell zu diskriminieren.

Ebenso können die Kirchen Loyalitätsregeln für katholisch gläubige Mitarbeiter*innen ausstellen, die bei Verstoß nach Ermessen der Amtskirche zur fristlosen Kündigung führen, wie z.B. durch eine Wiederheirat.

Häufig verweigern katholische Krankenhäuser in bestimmten Fällen die Behandlung von vergewaltigten Frauen. Dies geschieht im Rahmen von damit verbundenen Schwangerschaften und deren Abbruch, sowie ebenfalls die Verschreibung der Pille danach unterbunden ist. Ärzte, die sich der Regelung der katholischen Krankenhäuser widersetzen, müssen mit Repressalien und oftmals fristloser Kündigung rechnen. Die katholische Kirche lehnt die Pille danach grundsätzlich ab und hat sie nicht in ihren Krankenhäusern auf Vorrat.

Immer noch zahlt der Staat Kirchensteuern und Bürger*innen, die in keiner Kirche organisiert sind, zahlen indirekt immer noch Kirchensteuern. Die katholischen und protestantischen Kirchen haben immense Vorteile gegenüber anderen Religionsgemeinschaften. Diese Bevorteilung der christlichen Religionsgemeinschaften gegenüber anderen Religionsgemeinschaften lehnen wir ab.

Islamismus muss von uns genauso entschlossen bekämpft werden wie christlicher Fundamentalismus. Religion gehört nicht in den öffentlichen Raum und institutionalisiert. Um Gleichberechtigung für alle Religionsgemeinschaften zu schaffen, wird sich die linksjugend stärker auf die laizistischen Traditionen der Linken berufen und Religion in staatlichen Einrichtungen bekämpfen.

Die linksjugend [`solid] beschließt:

Der Bundesverband der linksjugend [solid] gibt Informations- und Wahlkampfmaterialien über die katholische Kirche als Öffentliche Einrichtung und Arbeitgeberin heraus. Darüber hinaus wird die linksjugend [solid] Materialien zum Thema Laizismus im Allgemeinen erstellen, in denen sie sich stark macht für die Abschaffung von Religionsunterricht und seine Ersetzung durch Ethik- und Gesellschaftsunterricht. Die linksjugend [solid] tritt entschieden gegen die Kirchensteuer ein und fordert eine Entchristianisierung der Verfassung.

Einschränkungen des Alltags durch überholte christliche Bräuche wie das Tanzverbot an Karfreitag müssen endlich zurückgenommen werden. Wir bekennen uns zum Laizismus.

End Coal - Klimaschutz ernst nehmen!

Wir fordern den spätesten Kohleausstieg 2025. Dies bedeutet, dass ab sofort keine Aufschlüsse neuer Tagebaue erfolgen und alle Kohle in der Erde bleibt. Um die lokalen Schwierigkeiten und Probleme aufzufangen, ist mit einem Strukturwandel für und mit den betroffenen Regionen zu beginnen. Um eine wirkliche Energiewende durchzuführen, muss es zu einem radikalen Ausbau von Erneuerbaren Energien kommen, so dass eine 100% Versorgung durch diese gewährleistet ist. Dazu ist es notwendig das Erneuerbare Energien Gesetz gleichzeitig weg von Ausschreibungen und hin zu festen Einspeisevergütungen für „grünen“ Strom zu verändern. Die Energiewende ist nicht etwas, das es zu ertragen gilt, sondern ein Projekt, welches wir zu einer zukunftsorientierten, dezentralen und linken Energieversorgung zu gestalten gilt. Dies bedeutet bei allem radikalen Wandel kein Ausbau um jeden Preis. Es muss eine gesicherte Beteiligung von Bürger*innen sowohl bei der Planung, als auch bei der Vergütung von Erneuerbaren Energien möglich sein. Auch müssen im Ausbau Aspekte des Natur- und Umweltschutz sowie des Tierschutz berücksichtigt werden. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Verlängern wir den Prozess also nicht unnötig: Die Anreize für die Gründungen von Energiegenossenschaften in Bürger_innenhand und für die Investition in regenerative Energien müssen ausgebaut werden.

Doch es geht uns nicht nur um rein technische Erneuerungen. Es geht um die Überwindung des Kapitalismus! Wir wollen, dass Energiekonzerne wieder in der öffentlichen Hand liegen und dezentral agieren. Nur so kann auch eine Energiewende sozial erträglich und basisdemokratisch funktionieren.“

Daher fordern wir:

- den Kohleausstieg spätestens 2025
- keine Aufschlüsse neuer Tagebaue begleitet von einem Strukturwandel in und mit den betroffenen Regionen unter Beteiligung von Bürger*innen sowohl bei der Planung, als auch bei der Vergütung von Erneuerbaren Energien
- einem radikalen Ausbau von Erneuerbaren Energien mit dem Ziel einer hundertprozentige Versorgung
- ein Erneuerbare Energien Gesetz ohne Ausschreibungen und mit festen Einspeisevergütungen für „grünen“ Strom
- die Berücksichtigung von Aspekten des Natur- und Umweltschutz, sowie des Tierschutzes im Rahmen der Umsetzung
- die Anreize für die Gründungen von Energiegenossenschaften in Bürger_innenhand und für die Investition in regenerative Energien auszubauen
- die Entmachtung von Energiekonzernen und eine Entwicklung hin zu demokratisch organisierten dezentral agierenden Strukturen.
- ... denn nur so kann auch eine Energiewende sozial erträglich und basisdemokratisch funktionieren.



Unsichere Zeiten verlangen nach sicheren Antworten

„Es ehrt unsere Zeit, dass sie genügend Mut aufbringt, Angst vor dem Krieg zu haben.“

Albert Camus

In den unsicheren Zeiten in denen wir leben, ist es der Mut des Denkens und des Verstehens, den wir aufbringen müssen, der Mut sich zu entziehen und gegen die wahren Feinde zu kämpfen, der Mut sich dem Wahnsinn entgegen zu stellen, der zählt. Und Frieden ist dabei keine abstrakte Forderung und auch kein ominöser Wunschzustand sondern ein reales Ergebnis der Kräfteverhältnisse einer Gesellschaft. Es ist die reale Utopie für die es sich zu kämpfen lohnt. Die große Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg war „Nie mehr Faschismus, nie mehr Krieg“. Auch die Buchenwalder Überlebenden schworen „Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“. Doch in den, für Europa, friedlichen Jahren nach dem Krieg, geschah, das wovon uns die Überlebenden gewarnt hatten. Stück für Stück wurden die Lehren vergessen und der Krieg kehrte in die Köpfe der Menschen. Er (der Krieg) umschmeichelte sie mit Versprechen von Gerechtigkeit, dem Kampf für eine gute Sache und nicht zu Letzt wie immer von Einfluss. Nur ist der Krieg kein abstraktes Fabelwesen, keine Manifestation von Fantasien sondern die Folge einer brutalen Logik des Kapitalismus.

Unlängst stehen europäische und vor allem deutsche Truppen überall auf der Welt bereit, unter Vorwänden des Schutzes der Menschenrechte und der Bündnistreue, die Interessen der Eliten zu verteidigen. Und längst ist Deutschland wieder zur Gefahr für den Frieden in der Welt geworden. Die Zuspitzung vieler Konfliktherde zeigt, dass die Zeiten in denen wir leben eine Antwort erwarten und Antwort des Krieges und der Eskalation kennen wir bereits in all ihren Schrecken. Dabei ist die Frage nach dem Krieg immer auch mit der sozialen Frage verbunden. Die Unmengen an Summen die dafür bereitgestellt werden mit den Säbeln zu rasseln oder Bomben abzuwerfen, fehlen am Ende dort wo sie am dringendsten gebraucht werden. In den Schulen, den Krankenhäusern, an den Unis und bei all denen die es nicht einfach haben in unserer Gesellschaft. Die ist Forderung nach Frieden ist für uns eine realisierte Notwendigkeit. Deshalb:

- Wenden wir uns entschieden gegen die Militarisierung der BRD. Ob im Bundestag oder in den Schulen, auf Berufsmessen oder in den Unis. Wir nehmen Teil an Protestaktionen und mischen uns dort ein wo die Bundeswehr versucht junge Menschen für Kriege zu gewinnen.
- Wir wenden uns auch gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr ob im Rahmen der NATO, EUFOR oder anderen Missionen. Fordern deren sofortigen Abzug und organisieren Proteste dort wo es notwendig ist um den Kampf gegen die deutsche Kriegslogik aufzunehmen. Gleichzeitig rufen wir alle Friedenskräfte überall auf der Welt dazu auf sich unserem Kampf in ihren Ländern anzuschließen.
- Wir stellen uns entschieden gegen das Ziel der Bundesregierung die Ausgaben für den NATO Bündnisbeitrag um auf 2% des BIP zu erhöhen. Wir drängen die Partei DIE LINKE und andere uns nahestehenden Kräfte dazu gegen diese Pläne zu kämpfen und organisieren Proteste um hier konkret etwas gegen Militarismus, Aufrüstung und Sozialabbau zu unternehmen.

UmFAIRteilen!

Die Linksjugend [‘solid] setzt sich im Verlauf der neuen Legislaturperiode ab 2019 dafür ein, eine Erneuerungsquote sowie eine verbindliche Diätenregelung für alle Parlamentarier_innen der LINKEN zu implementieren

Die Linksjugend [‘solid] bezieht dabei Position für eine Erneuerungsquote von 1/3 des jeweiligen Standes der Vorwahl sowie für jeweils „Dienstalter“, dh absolut bereits absolvierte Legislaturen, als Gegenstand des Rotationsprinzips

- Die Linksjugend [‘solid] plädiert für eine verbindliche Selbstverpflichtung für alle Parlamentarier_innen der LINKEN, von jeweiligen Diäten lediglich eine Aufwandsentschädigung in Höhe des durchschnittlichen Bruttoentgelts für sich zu behalten
- Die Linksjugend [‘solid] stellt sich hinter die programmatischen Forderungen des Antrags Solidarity for all, der einen als Verein organisierten, von den jeweiligen Fraktionen unabhängigen Spendenfonds einrichten möchte, um damit den Aufbau sozialer Protestbewegungen und solidarischer außerparlamentarischer Projekte zu unterstützen
- Entsprechende Anträge werden auf allen Ebenen zu geeigneten Parteitag vorbereitet und eingebracht, um bundesweit eine Offensive gegen die Oligarchisierung linker Politik voran zu treiben
- Die Linksjugend [‘solid] stellt sich hinter folgende Positionierung im Wortlaut und veröffentlicht diese als Auftakt für die innerparteiliche Debatte noch vor dem Bundesparteitag in Hannover:

UmFAIRteilen! Für eine Mandatszeitbegrenzung und gegen die Oligarchisierung LINKER Politik!

Schon die Pariser Commune wusste: die Oligarchisierung und Entfremdung von Staats- und Verwaltungsapparaten fängt an, wo „Herrschen“ zum Beruf wird¹. Wir halten fest an dieser Kritik. Grundsätzlich stellt sich für uns die Frage nach Möglichkeiten demokratischer Politik über die parlamentarische Demokratie hinaus. Wir betrachten weder Politik als das exklusive Berufsfeld einiger „Fachkräfte“ noch das bürokratische Spezialistentum als Leitbild für politische Kompetenz.

Wir setzen uns für Erneuerungsquoten bei der Nominierung und Aufstellung von Wahlkreis- und Listenkandidat*innen bei allen Wahlen ein. Diese sollen der Mindestbedingung genügen, dass die Quote sich vor allem auf die jeweils „dienstältesten“ wieder-Kandidierenden bezieht, so konstruiert ist, dass es dem Anspruch nach bei jedem Turnus zu einer Erneuerung von mindestens 1/3 der Abgeordneten kommt und der Gegenstand der Quote jeweils die Platzanzahl bei Listenwahlen ist, welche das letzte mal ‚gezogen‘ haben.

Wir fordern, dass sämtliche LINKEN Abgeordneten in deutlich größerem Umfang als bisher ihre Diäten per Spende für politische Arbeit zur Verfügung stellen. Daher schließen uns dem Projekt „Solidarity for all“ an, in dem nach dem Vorbild der griechischen Syriza-Abgeordneten mit Spendengeldern der Mandatsträger_innen eine umfangreiche soziale und kollektive Infrastruktur aufgebaut werden soll. Wir fordern: Mandatsträger_innen sollten für ihre Abgeordnetentätigkeit lediglich eine Summe entsprechend des **durchschnittlichen Buttoentgelt²** für sich persönlich behalten (2015 für eine Vollzeitbeschäftigung **2916 Euro brutto pro Monat**). **Für Personen mit Kindern, Krankheiten oder anderem Sonderbedarf kann dieser Betrag natürlich durch weitere Pauschalsätze angepasst werden.** Der Rest soll umfangreich in die regionale politische Arbeit fließen. Dabei geht es uns auch darum, dass nicht Abgeordnete wie Provinzfürsten ihre Ressourcen für Büros und Per-

sonal nach Gutdünken verteilen und damit sogar noch größeren innerparteilichen Machtzuwachs verbuchen, sondern ihre Ressourcen kollektiver Kontrolle unterstellt werden. Darum fordern wir das bedingungslose Spenden der Gelder. Zudem glauben wir, dass nur eine verbindliche Erneuerungsquote ein wirksames Werkzeug gegen das Auseinanderdriften von außerparlamentarischer Politik als Praxis kollektiven Handelns und dem Herrschen als bürokratischem Akt darstellen kann. Ein reger Wechsel zwischen Abgeordneten, Partei- und Jugendverbandsmitgliedern und außerparlamentarischen Aktivist_innen ist für uns ein wünschenswerter Zustand, um die festgefahrenen Verhältnisse innerfraktionärer Machtkämpfe und parlamentarischen Trotts zu bekämpfen.

Prinzipiell fordern wir diese Veränderungen für alle Parlamentarier_innen – sehen allerdings absolut keinen Grund, warum nicht LINKE sich selbst verpflichten und dies umsetzen sollten, so lange es noch keine politischen Mehrheiten für diese weitreichenden Veränderungen gibt.

Fußnoten

1. Siehe Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. MEW Bd. 17, S.336-339, und: Lenin: Staat und Revolution. Diesen beiden Texten in ihren Forderungen folgend müsste es eigentlich lauten: ALLE Beschäftigten bei der Partei, in Fraktionen und in Staatsfunktionen dürfen nur einen „Arbeiterlohn“ erhalten, was einer Halbierung der Gehälter nahezu ALLER dieser Beschäftigten gleich käme.
2. Die Bundesregierung erhebt jährlich das durchschnittliche Bruttogehalt aller gesetzlich Versicherten. Dieses Gehalt ist die Maßgabe bei der Vergabe von Rentenpunkten. Bei einem Monatsgehalt in Höhe des durchschnittlichen Bruttogehalts erwirbt man einen Rentenpunkt pro Beitragsjahr.

Gegen jeden Nationalismus!

Heute verkündete Recep Tayyip Erdoğan mit der Mehrheit der Fürstimmen das Ergebnis des Referendums sei eine "historische Entscheidung". Bereits während der Abstimmungen kam es zu Ungereimtheiten. Unter anderem wurde davon berichtet, dass es beim Referendum in mehreren Wahllokalen Verwirrung um vorschriftswidrige "Ja"-Stempel gegeben hätte. Wähler*innen, die am Sonntag gegen das Präsidialsystem stimmen wollten, mussten dort mit dem "Ja"-Stempel für "Nein" stimmen. Von der Wahlkommission vorgeschrieben waren Stempel mit der Aufschrift "Auswahl" (tercih). Wähler*innen hätten, "wenn auch nur teilweise", mit diesen "Ja"-Stempeln abgestimmt, sagte der Chef der Wahlkommission, Sadi Güven, in Ankara. Die Wahlkommission habe daraufhin entschieden, dass auch diese Stimmzettel als gültig gezählt werden. Des Weiteren wurde von der Wahlbehörde, der YSK, entschieden von ihr nicht abgestempelte Stimmzettel als gültig zu akzeptieren. Dies habe ein "schweres Legitimitätsproblem" zur Folge, sagt CHP-Vize Bülent Tezcan. Nationalismus ist kein auf eine Nation begrenztes Phänomen. Weltweit befinden sich Nationalist*innen auf dem Vormarsch. Zuletzt wurde in der USA mit Donald John Trump ein sexistischer, erzkonservativer, republikanischer Kandidat zum Präsidenten der USA gewählt. Die Fremdenfeindlichkeit und der Nationalismus und machen auch vor der Festung Europa keinen Halt. In einer Umfrage in zwölf Ländern Europas teilt fast die Hälfte der Befragten nationalistische Positionen. Ganz vorne mit dabei: Polen und Frankreich. In Polen wo zuletzt die Großdemonstrationen unter dem Motto „my body my choice“ gegen das rechtskonservative Parlament auf sich aufmerksam machten hat Jan Żaryn als Teil dessen kein Problem damit, dass ihn manche für einen Antisemiten halten. In Frankreich ist der Front National mit Marie Le Pen quasi mediales Dauerthema. In Deutschland holte die AfD als nationalistische Kraft bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt knapp 25%. Auch, wenn einige dieser Parteien auf dem absteigenden Ast sind hat der Populismus zu einem neuen nationalen „Wir-Gefühl“ geführt. Wir nehmen unsere gesellschaftliche Verantwortung ernst und klären auf, gegen Nationalismus, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Chauvinismus und Faschismus. Im Zuge dessen beschließt die linksjugend [`solid] folgendes:

- Die linksjugend [`solid] solidarisiert sich mit der unterdrückten Bevölkerung in der Türkei
- Die linksjugend [`solid] solidarisiert sich mit den Protestierenden gegen das Referendum
- Die linksjugend [`solid] solidarisiert sich mit der HDP
- Die linksjugend [`solid] solidarisiert sich mit Verfolgten und/oder inhaftierte Anhänger*innen und Wähler*innen der CHP
- Die linksjugend [`solid] solidarisiert sich mit allen inhaftierten Opfern politischer Verfolgung in der Türkei
- Die linksjugend [`solid] solidarisiert sich mit der Forderung der Selbstbestimmung aller Menschen
- Die linksjugend [`solid] fordert eine lückenlose Aufklärung der Ungereimtheiten während des Referendums
- Die linksjugend [`solid] fordert einen Stopp, der Waffenexporte, sowie der Exporte von Fabrikanlagen der Schwerindustrie um das Exportgesetz zu umgehen und den Abzug von jeglichem Personal und Material aus Incilik.
- Die linksjugend [`solid] fordert den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei
- Die linksjugend [`solid] fordert die Auflösung des EU-Türkei-Abkommens

- Die linksjugend [`solid] fordert den Austritt Deutschlands aus der NATO.
- Die linksjugend [`solid] fordert einen den Ausschluss der Türkei aus der NATO, in der sie die zweitgrößte Armee stellt und durch diesen Pakt ihre expansiv imperialistischen Interessen verstärkt vertreten kann

Diesen Solidaritätsbekundungen folgt die Arbeit der bundesweiten Kampagne „Gegen jeden Nationalismus“ in den bereits bestehenden Kampagnen aufgehen können um Menschen auf die Gefahren und Folgen nationalistischer Bestrebungen aufmerksam zu machen. Dies sollte nicht nur durch Flyer (Vorsicht Nation), sondern auch durch eine Deutschlandweite Veranstaltungsreihe geschehen um ein möglichst breites Publikum zu erreichen.

Gegen die Homophoben Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und der Russischen Föderation!

Der Bundeskongress beschließt folgende Positionierung und reicht sie als Antrag an den Bundesparteitag in Hannover ein:

Seit mehreren Wochen mehren sich Berichte über die gezielte Verfolgung, Inhaftierung und Ermordung Homosexueller durch staatliche Organe in der autonomen Republik Tschetschenien. Wie die Nowaja Gaseta berichtete, gab es bereits mehrere Wellen von Verhaftungen, die etwa auch als Reaktion auf die Anmeldung einer Christopher Street Parade erfolgten. Hunderte Männer sollen in geheimen, inoffiziellen Gefängnissen in Argun und Zozi-Jurt interniert und dort schwer misshandelt und gefoltert worden sein. Human Rights Watch bestätigte die Berichte der Nowaja Gaseta bereits als „übereinstimmend mit Berichten, die Human Rights Watch in der letzten Zeit aus mehreren verlässlichen Quellen erhalten hat, darunter Quellen vor Ort“.

Auch die Kommentare des Sprechers des tschetschenischen Präsidenten, Ramsan Kadyrow, erhärten die schlimmsten Befürchtungen: im gleichen Atemzug, in dem er die Berichte als falsch abtut, spricht er die zutiefst homophobe Staatsdoktrin Tschetscheniens offen aus: der Bericht stimme nicht, weil es in Tschetschenien überhaupt keine Homosexuellen gäbe. Denn „auch wenn es solche Menschen in Tschetschenien gegeben hätte, hätten die Sicherheitsbehörden keine Probleme mit ihnen, denn ihre eigenen Verwandten hätten sie dorthin geschickt, woher niemand zurückkommt.“

Cheda Saratowa, Mitglied im tschetschenischen Menschenrechtsbeirat, erwähnte, bei ihr habe sich kein Betroffener gemeldet, doch selbst wenn, würde sie keinem Schwulen helfen, da Homosexualität „schlimmer als Krieg“ sei.

Der russischsprachige queere Verein Quarteera beschreibt die Situation mit den Worten: „Der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow hat mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass seiner Meinung nach regionale Traditionen wichtiger seien als Gesetze. Auch Ehrenmorde wurden mehr als einmal von ihm gutgeheißen. Die russische Regierung und ihre Behörden haben da oft weggeschaut und dadurch sich selbst dieser Taten mitschuldig gemacht.“

Auch auf die aktuellen Vorwürfe weigerte ein Sprecher Wladimir Putins sich, einen Kommentar - etwa auf die Äußerungen des tschetschenischen Regierungssprechers - zu geben.

Wir erklären uns solidarisch mit den Opfern der homophoben Verfolgungswelle durch Organe der autonomen Republik Tschetschenien!

Wir unterstützen die Solidaritäts-Kampagne des Aktionsbündnis gegen Homophobie und Enough is Enough und rufen zu Spenden für Betroffene LGBTIQ auf, die die Flucht aus dieser unerträglichen Situation ermöglichen sollen!

Wir schließen uns der Forderungen von Reporter ohne Grenzen an, die an die russischen Behörden appellieren, die Sicherheit der Journalist_innen der Nowaja Gaseta zu garantieren, die seitens der politischen und religiösen Führung der autonomen Republik Tschetschenien gegenüber Elena Milaschina und Irina Gordijenko aussprechen. Es darf nicht zu weiteren Morden an Berichterstatte_r_innen über die Situation im Nordkaukasus kommen!

Wir fordern, eine internationale Untersuchung der Situation in Tschetschenien zu ermöglichen und die Augen vor den schweren Menschenrechtsverletzungen durch Ramsan Kadyrow und seine Regierung nicht länger zu verschließen! Die Russische Föderation muss die Maßstäbe ihrer eigenen Verfassung auch in Tschetschenien durchsetzen! Sämtliche Beteiligten an den homophoben Übergriffen und Morden müssen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden!

Sämtliche Zitat aus: http://www.queer.de/detail.php?article_id=28573

Zur Forderung von Reporter ohne Grenzen zur Situation der Journalistinnen der Nowaja Gaseta vom 19.04. : <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung/journalisten-der-nowaja-gaseta-schuetzen/>

Dringlichkeitsantrag zum Wahlprogrammmentwurf für den LINKE Bundesparteitag

Der Jugendverband beantragt beim Bundesparteitag folgende Änderunganträge zum Leitantrag zum Wahlprogramm (https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteitage/hannover2017/leitantrag/leitantrag_entwurf_bundestagswahlprogramm_2017.pdf):

1. In Zeile 3541 wird "Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland" durch „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ ersetzt, so dass der Satz neu wie folgt lautet: „DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder Auslandseinsätze der Bundeswehr zulässt.“
2. In Zeile 4460 wird "Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland" durch „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ ersetzt, so dass der Satz neu wie folgt lautet: „Wir kämpfen für eine bessere Zukunft, dabei halten wir uns an klare Linien: An einer Regierung, die Kriege führt und Auslandseinsätze der Bundeswehr zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

Nach dem Referendum: Schluss mit der Kumpanei mit Erdoğan

Die Linksjugend [solid] erklärt sich solidarisch mit allen Kräften, die unter schwersten Bedingungen monatelang in der Türkei für ein „Hayir“ beim Referendum am 16. April gekämpft haben. Nach Berichten der OSZE kam es zu „Einschüchterungen der Anhänger*innen der Nein-Kampagne“. Die OSZE spricht von Behinderung der Opposition durch die Inhaftierung von Tausenden (!) Mitgliedern und Funktionsträger*innen der pro-kurdischen HDP und 13 ihrer Abgeordneten, unter ihnen die beiden Parteivorsitzenden Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtaş. Auch in Deutschland kam es zu zahlreichen Einschüchterungen von türkischen Wahlberechtigten, die bei dem Referendum mit „Nein“ stimmen wollten.

Für uns ist klar: Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan wird das „Ja“ bei dem Referendum am 16. April dazu nutzen, die Türkei in eine Diktatur umzubauen. Aus dem Ausnahmezustand soll nun verfassungsrechtlicher Normalzustand werden.

Wie auch bei den letzten Wahlen in der Türkei kam es bereits während der Abstimmungen zu Manipulationen. Von einer fairen und freien Abstimmung kann bei diesem Referendum keine Rede sein. Unter anderem wurde davon berichtet, dass es beim Referendum in mehreren Wahllokalen Verwirrung um vorschriftswidrige „Ja“-Stempel gegeben hätte. Wähler*innen, die am Sonntag gegen das Präsidialsystem stimmen wollten, mussten dort mit dem „Ja“-Stempel für „Nein“ stimmen. Von der Wahlkommission vorgeschrieben waren Stempel mit der Aufschrift „Auswahl“. Wähler*innen hätten, „wenn auch nur teilweise“, mit diesen „Ja“-Stempeln abgestimmt, sagte der Chef der Wahlkommission, Sadi Güven, in Ankara.

Die Wahlkommission habe daraufhin entschieden, dass auch diese Stimmzettel als gültig gezählt werden. Des Weiteren wurde von der Wahlbehörde, der YSK, entschieden von ihr nicht abgestempelte Stimmzettel als gültig zu akzeptieren.

Wir fordern lückenlose Aufklärung der Manipulation der Abstimmung durch die Anerkennung von ungestempelten Wahlzetteln durch die oberste Wahlbehörde!

In dieser schweren Zeit für die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der Türkei werden wir alles dafür tun, um in Deutschland Druck auf unsere Regierung zu machen, den Machenschaften Erdoğan's nicht länger zuzusehen. Die Kumpanei der Bundesregierung mit Erdoğan muss beendet werden. Wir fordern:

Waffenexporte und Finanzhilfen an die Türkei stoppen!

- Die Bundeswehr muss aus Incirlik abgezogen werden!
- Die EU-Beitrittsverhandlungen müssen ausgesetzt werden!
- Der schmutzige EU-Türkei-Flüchtlingsdeal muss aufgekündigt werden!
- Kein Cent, keine Waffe, keine politische Hofierung für Erdoğan und sein Regime!

Unsere Solidarität gilt der unterdrückten Bevölkerung in der Türkei, den Protestierenden auf der Straße, den politischen Gefangenen (darunter auch zahlreiche Journalist*innen), und allen Menschen, die sich für Demokratie und Rechtsstaat in der Türkei einsetzen. Wir stehen an der Seite der HDP, die sich trotz aller Repression weiterhin für eine vielfältige, weltoffene und demokratische Türkei einsetzt.“

Spende an Limity jsme my

Der X. Bundeskongress möge beschließen, dass der BSPR die Mobilisierung von Limity jsme my zu ihrem Klimacamp, im Juni diesen Jahres, über die Kanäle des Jugendverband unterstützt und 500 € zur finanziellen Unterstützung an Limity jsme my spendet.

Unterstützung für einen von Repression betroffenen Genossen

Der Buko möge beschließen, dass Personen bei ihren Kosten, die durch die Blockade in Büchel entstanden, mit maximal 3000€ unterstützt wird.

Religionskritik

Der BSPR organisiert im Bundesgebiet eine Veranstaltung zum Thema Religionskritik um eine Positionsfindung zu diesem Thema zu ermöglichen.







ENTSCHEIDENDEN LINKS

linksjugend
['solid] 